

Bielefeld

ZUKUNFT STADT
DEMOGRAPHISCHER
WANDEL

Zukunft STADT

Demographischer Wandel in Bielefeld

Demographischer Wandel als Chance?

Das Bielefelder Konzept

Inhalt

Vorwort des Oberbürgermeisters	3
Konzept	
„Demographischer Wandel als Chance?“	4 – 33
1. Zusammenfassung	4 – 5
2. Der demographische Wandel in Deutschland und die Fragen der Zukunft	6 – 8
3. Die demographische Entwicklung in Bielefeld Die voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerungs- zahl und die Bevölkerungsstruktur bis 2050	9 – 10
4. Aktuelle Programme in der Stadt Bielefeld Ergebnis der Sachstandsermittlung in den Dezernaten	11 – 13
5. Die Chancen des demographischen Wandels	14
6. Entwicklung einer „demographieorientierten Kommunalpolitik“ für Bielefeld	15 – 20
6.1. Exkurs: Die Anforderungen an die Kommunen – vier Beispiele	
6.1.1. Verkehrsinfrastruktur	
6.1.2. Jugendarbeit und Bildung	
6.1.3. Ver- und Entsorgungsnetze	
6.1.4. Öffentliche Verwaltung	
7. Erste Handlungsschritte in Bielefeld	21 – 28
7.1. Mögliche Ziele für die Stadt Bielefeld	
7.2. Strukturen	
7.3. Akteure	
7.4. Grundsätze der Zusammenarbeit	
7.5. Bisherige Aktivitäten und Planungen der Projektbeauftragten	
8. Schlussbemerkung	29 – 30
Anhang	31 – 33
„Allons les enfants...“ – Familienpolitik in Frankreich	
Streifzüge durch die politische Diskussion	34 – 37
Einstimmiger Beschluß des Rates	38
Presseberichte und Interviews	39
– Einige ausgewählte Beispiele	

Impressum

Herausgeber | Stadt Bielefeld *Der Oberbürgermeister*

Verantwortlich für den Inhalt | Susanne Tatje *Demographische Entwicklung*

Gestaltung | Stefanie Freise *FREISE GRAFIKDESIGN*

Druck | Druckerei Schlüter

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Bielefelder und Bielefelderinnen!

Wenn wir Bielefelds Zukunft gestalten wollen, brauchen wir eine Vision und damit Ziele für unsere Stadt. Denn wir müssen uns auf eine veränderte Bevölkerungsstruktur einstellen – doch bislang hat auch in Bielefeld ein langfristiger Ansatz gefehlt. Deswegen habe ich im April 2004 gehandelt und die Stabsstelle „Demographische Entwicklungsplanung“ in meinem Dezernat eingerichtet. Denn obwohl sich die Bevölkerungsentwicklung kurzfristig nicht beeinflussen lässt, müssen wir frühzeitig überlegen, wie wir die erforderlichen Weichen zum „Abmildern“ der Folgen der demographischen Entwicklung stellen. Nur so ist ein konstruktiver Umgang mit den Folgen möglich, die nahezu jeden Bereich kommunalen Bereich betreffen: Die kommunalen Finanzen ebenso wie Schule, Verkehrsinfrastruktur, Gesundheit, Altenhilfe. usw.



*Eberhard David
Oberbürgermeister*

Die Demographiebeauftragte Susanne Tatje hat ein Konzept „Demographischer Wandel als Chance?“ erarbeitet, das im Verwaltungsvorstand der Stadt Bielefeld im Dezember 2005 verabschiedet worden ist, umfassend in den politischen Gremien beraten und am 31. August 2006 im Rat der Stadt einstimmig beschlossen worden ist. Es ist ein passgenauer Vorschlag für Bielefeld, den wir aus eigener Kraft entwickelt haben. Erfreulich für mich als Oberbürgermeister ist die positive auch überregionale Resonanz, die die Arbeit unserer „Zukunftsplanerin“, so die treffende Formulierung eines SPIEGEL-Redakteurs* bisher erfahren hat: So hat Susanne Tatje z.B. im Juli dieses Jahres für ihr Gesamtkonzept den Innovationspreis des Landes NRW erhalten.

Die Politik hat uns mit auf den Weg gegeben, auch die Bürger und Bürgerinnen zu beteiligen. Das Konzept sieht das ausdrücklich vor. Denn wir brauchen für den Demographischen Wandel in unserer Stadt engagierte Menschen, die ihre kreativen Ideen einbringen und mit denen wir gemeinsam neue Lösungen erarbeiten. Machen Sie mit!

Mit freundlichem Gruß

Eberhard David
Oberbürgermeister

* vgl. Seite 30

Demographischer Wandel als Chance?

Vorschläge für ein Bielefelder Konzept

von Susanne Tatje | Demographiebeauftragte der Stadt Bielefeld

1. Zusammenfassung



Susanne Tatje
Demographiebeauftragte

„Wir werden weniger, älter und bunter.“ So umschreibt die Süddeutsche Zeitung die künftige Gesellschaft in Deutschland. Auch in Bielefeld wird sich die Bevölkerungsstruktur in den kommenden Jahrzehnten durch Geburtenrückgang, Zuwanderung und eine höhere Lebenserwartung verändern. Diesen demographischen Wandel in Bielefeld zu gestalten ist eine der großen Herausforderungen, vielleicht sogar die größte Herausforderung, der sich Verwaltung und Politik in unserer Stadt stellen müssen.

Wissenschaftler sagen voraus, dass die Bevölkerung in Bielefeld ab 2010 deutlich schrumpfen wird. Bis zum Jahr 2050 wird die Einwohnerzahl von gegenwärtig 323.000 auf voraussichtlich 282.000 Menschen sinken. Das ist ein Minus von 12,4 %. In den nächsten 50 Jahren wird sich das Geburtendefizit in unserer Stadt verdoppeln, die Alterung der Bevölkerung nimmt rapide zu. Waren im Jahr 2000 in Bielefeld von 100 Einwohnern noch 48 Menschen 60 Jahre und älter, so gehören im Jahr 2050 fast 70 Menschen dieser Altersgruppe an. Und auch der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund wird sich deutlich erhöhen.

Von den Folgen dieser veränderten Altersstruktur wird nahezu jeder Bereich in der Kommune betroffen sein: Die kommunalen Finanzen ebenso wie Schule, Verkehrsinfrastruktur, Bauen und Wohnen, Gesundheit, Kinder- und Jugendpolitik. Gleichzeitig sind trotz vorliegender Prognosen die wirklichen Auswirkungen des demographischen Wandels auf unsere Stadt unbekannt. Das Ausmaß für das Leben der Menschen wird auch in der Kommunalpolitik unterschätzt. Umso wichtiger ist es, jetzt aktiv zu werden und Weichen zu stellen: Die Zeit, die man in der Demographiepolitik verstreichen lässt, kann nie wieder aufgeholt werden.

**„Die Zukunft hat viele Namen.
Für die Schwachen ist sie das Unerreichbare.
Für die Furchtsamen ist sie das Unbekannte.
Für die Tapferen ist sie die Chance.“**
Victor Hugo, Französischer Schriftsteller, (1802 – 1885)

Um diese Aufgabe stärker in der Verwaltung zu verankern, hat der Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld eine Stabsstelle „Demographische Entwicklungsplanung“ in seinem Dezernat eingerichtet und dadurch deutlich signalisiert, für wie wichtig er diese Themenstellung hält. Bielefeld hat mit diesem innovativen Weg landesweit ein Zeichen gesetzt. Auch mit dem vorliegenden kommunalen Handlungskonzept könnte Bielefeld eine Vorreiterrolle übernehmen. Dieses Konzept soll dazu beitragen, den demographischen Wandel in Bielefeld zu gestalten.

Angesichts der Reichweite und Komplexität der Aufgabenstellung sieht dieses Modell nicht nur vor, bestimmte demographisch-politische Ziele für Bielefeld zu entwickeln und umzusetzen, sondern auch die Wirksamkeit und die Erfolge der einzelnen Maßnahmen kontinuierlich zu überprüfen und gegebenenfalls zu korrigieren. Dazu wurde ein spezieller Steuerungskreislauf entwickelt. Außerdem werden mehrere Ziele und Handlungsschwerpunkte für Bielefeld vorgeschlagen, die sich aus den Ergebnissen der demographischen Forschung, den Potentialen unserer Stadt und Region und den Anregungen der Dezernate ableiten. Diese Vorschläge müssen im Verwaltungsvorstand festgelegt, mit der Politik diskutiert und im Rat der Stadt Bielefeld entschieden werden.

Grundsätzlich müssen wir uns in den Kommunen stärker mit den Politikfeldern befassen, die mittelfristig Einfluss auf die demographische Entwicklung haben wie Familienpolitik, eine aktive Zuwanderungs- und Integrationspolitik oder Fragen von Bildung und Ausbildung unserer Kinder. Daneben gilt es aber auch, die Folgen der demographischen Entwicklung abzumildern – wir müssen uns genau überlegen, wie wir zukünftig unsere Stadtteile gestalten wollen, wie das Leben unserer älteren Generation aussehen soll, damit ihre Potentiale nicht vernachlässigt werden und sie bei Krankheit ein menschenwürdiges Leben führen können, wie wir Menschen mit Migrationshintergrund integrieren können oder für ein kinder- und familienfreundliches Umfeld sorgen.

Wichtig ist dabei, die Handlungsschwerpunkte in einem gemeinsamen Prozess mit Verwaltung und Politik zu erarbeiten und mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen sowie Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren. Eine am demographischen Wandel orientierte Politik kann nur erfolgreich sein, wenn sie auf einem breiten politischen und gesellschaftlichen Konsens basiert.

Das erfordert auch ein Umdenken in Verwaltung und Politik. Verwaltung muss stärker die Fragen der Zukunft beachten, dezernatsübergreifend an Schwerpunktthemen arbeiten und sich von individuellen „Zuständigkeitsinteressen“ verabschieden. Und Politik muss sich stärker mit den inhaltlichen Fragen auseinandersetzen und langfristige Entscheidungen treffen, auch über die nächsten Wahltermine hinaus. Wir alle müssen uns von eingefahrenen Denkmustern und langjährigen Selbstverständlichkeiten verabschieden – im Interesse unserer Kinder¹.

¹ Da das Thema „Familienpolitik“ in der Diskussion um die Chancen von Gestaltungsmöglichkeiten des demographischen Wandels zur Zeit eine große Rolle spielt und unser Nachbar Frankreich als besonders gutes Vorbild für familienpolitische Maßnahmen gilt, wird in der Vorlage genauer hinterfragt, wie Frankreich die Familienpolitik angeht und ob sich die Maßnahmen auf Deutschlands Kommunen übertragen lassen (vgl. Anhang; „Allons les enfants...“ – Familienpolitik in Frankreich).

2. Der demographische Wandel in Deutschland und die Fragen der Zukunft

² Vgl. Herwig Birg, *Die demographische Zeitenwende*, München 2001, S. 201.

³ Als „moderne Kaffeesatzleserei“ bezeichnet z.B. Gerd Bosbach diese Diskussion und stellt die veröffentlichte Vorausberechnung des statistischen Bundesamtes für die Jahre bis 2050 grundsätzlich in Frage – Politiker benutzen sie nur, wenn sie den Umbau des Sozialstaates vorantreiben.

Sein wichtigstes Argument: Es können (politische) Situationen eintreten, die nicht vorhersehbar sind (z.B. Erfindung der Antibabypille, Grenzöffnung zum Osten etc); vgl. Bosbach, Gerd; *Frankfurter Rundschau*, Dokumentation, April 2004. Ähnlich argumentiert Christoph Butterwegge von der Universität Köln, der den Generationenkonflikt bzw. die Frage der Generationengerechtigkeit im Kontext der Diskussion um den Demographischen Wandel als eine verkürzte Debatte beschreibt, die die sozialen Unterschiede innerhalb der Gruppen ignoriert (z. B. beim Thema Kinderarmut).

⁴ Obwohl sich in Deutschland starke regionale und lokale Unterschiede in der demographischen Entwicklung feststellen lassen: Die Prognose einer schrumpfenden und älter werdenden Gesellschaft gilt langfristig auch für die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur in Bielefeld, siehe dazu ausführlich das Kapitel 3.

⁵ So formuliert von Jürgen Flöthmann, Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik der Universität Bielefeld, bei seinem Vortrag im Beirat für Stadtgestaltung der Stadt Bielefeld am 04.06.04.

⁶ Mittlere Annahme der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes

⁷ Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“

Die Bevölkerungswissenschaftler haben schon lange auf die schwerwiegenden Auswirkungen des demographischen Wandels hingewiesen: Die Dynamik des demographischen Wandels sei bekannt und lasse sich für die nächsten Jahrzehnte mit großer Präzision vorhersagen, der Wohlfahrtsstaat sei durch die demographische Entwicklung so radikal in Frage gestellt wie durch keinen anderen Faktor sagt zum Beispiel Prof. Dr. Herwig Birg, ehemals Universität Bielefeld.²

Die Kritiker dieser Position gehen davon aus, dass langfristige Prognosen der gesellschaftlichen Entwicklung zumeist mit großer Unsicherheit verbunden seien, es sich oftmals um reine Spekulation handeln würde.³

Sicher ist, dass die Bevölkerung in Deutschland stark schrumpfen, die Zahl der neugeborenen Kinder weiter zurück gehen, der Anteil der älteren Menschen in der Bevölkerung merkbar ansteigen und der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund deutlich zunehmen wird.⁴

Dazu einige aktuelle Daten und Fakten: Die Bevölkerungswissenschaft definiert „demographischen Wandel“ als Prozess, der über einen „langen generationenübergreifenden Zeitraum“ stattfindet, wobei eine Generation mit ca. 25 - 30 Jahren angegeben wird.⁵ Das heißt, wenn wir uns mit den Folgen des demographischen Wandels (und entsprechenden Planungen) befassen, gilt es, weit reichende Perspektiven und Strategien in den Blick zu nehmen.

Die Zahlen der Bevölkerungswissenschaftler liegen bereits seit Anfang der siebziger Jahre vor, und schon damals wurde die Logik der Schrumpfung deutlich: Wenn es in der Gegenwart immer weniger Kinder gibt, wird es in 20 oder 30 Jahren auch immer weniger Eltern geben, die Kinder bekommen und versorgen können.⁶

Die Eckdaten aus der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes vom Sommer 2003⁷ belegen, dass der Geburtenrückgang seit Jahren stattfindet:

- Die Einwohnerzahl wird bis zum Jahr 2050⁸ in Deutschland stark zurückgehen (von zurzeit 82,5 Millionen Einwohnern und Einwohnerinnen auf gut 70 Millionen).⁹ Der deutlich sichtbare Rückgang beginnt ca. 2013.
- Die Zahl der unter 20-Jährigen wird von aktuell 17 Millionen (21%) auf 12 Millionen (16%) zurückgehen, der Anteil der über 60-Jährigen von 28% auf 37% steigen.¹⁰
- Die „kritische Beschleunigung“ der Alterung wird schon bald beginnen; sie findet zwischen 2010 und 2030 statt, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in das Alter 60+ eintreten. Die drastischen Verschiebungen im Altersaufbau unserer Gesellschaft werden in diesem Zeitraum erfolgen.¹¹
- Damit sich eine Generation reproduziert (weder zu- noch abnimmt), wären statistisch 2,1 Kinder pro Frau notwendig. Die durchschnittliche Kinderzahl liegt seit mehr als zwei Jahrzehnten beim heutigen Stand von 1,4 Kindern pro Frau. Aktuell sind keine Hinweise erkennbar, dass mittelfristig eine signifikante Erhöhung oder weitere Reduzierung eintritt. Das bedeutet, die Bevölkerung wird sich aufgrund des fehlenden inneren Wachstums während der nächsten Jahre nur um ca. zwei Drittel reproduzieren.
- Hauptursache der geringen Geburtenzahl in Deutschland sei der hohe Anteil von Frauen, die zeitlebens kinderlos bleiben. Deutschland ist bei der Kinderlosigkeit weltweit führend: Rund ein Drittel der Frauen bleibt lebenslang kinderlos, und der Trend zur Kinderlosigkeit wird sich mit großer Wahrscheinlichkeit zunächst noch fortsetzen.¹²
- Während Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit derzeit durchschnittlich 1,2 Kinder bekommen, beträgt die Geburtenrate der in Deutschland lebenden Frauen mit ausländischer Staatsangehörigkeit rd. 1,9 Kinder pro Frau mit abnehmender Tendenz.¹³
- Es kommt zu einem jährlichen positiven Wanderungssaldo (Einwanderungsüberschuss) von ca. 200.000 Personen; die Zuwanderung kann den Bevölkerungsrückgang allerdings „nur“ dämpfen, nicht aufheben.
- Die Lebenserwartung der Menschen wird weiter ansteigen; sie wird sich voraussichtlich im Jahr 2050 um 6 Jahre erhöht haben.

Die entscheidenden Faktoren, die den demographischen Wandel bestimmen, liegen also in den Einflussgrößen Geburtenziffer, Lebenserwartung und Migration. Das heißt:

„Im Jahr 2050 werden wir in Deutschland weniger, älter und bunter sein.“¹⁴

Die Folgen der demographischen Entwicklung sind für unsere Gesellschaft dramatisch, so der Tenor der öffentlichen Diskussion. Es werden Horrorszenarien einer „vergreisten Gesellschaft“ heraufbeschworen. Im Mittelpunkt der Diskussion steht die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme, die durch die „unnatürliche Umkehrung“ der Bevölkerungspyramide nachhaltig gefährdet sei: Die immer geringer werdende Zahl der Menschen im Alter der Erwerbsfähigkeit könne die Versorgung der größer werdenden Zahl älterer Menschen in Zukunft nicht mehr leisten¹⁵.

⁸ Die Prognosen des LDS werden an dieser Stelle noch nicht einbezogen; diese würden verdeutlichen, dass sich die zu erwartenden Folgen für die Kommunen ganz unterschiedlich gestalten.

⁹ Bericht der Enquete-Kommission des Landtages von Nordrhein-Westfalen, „Zukunft der Städte“, Düsseldorf 2004, S. 44.

¹⁰ Mittlere Annahme der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes.

¹¹ Vgl. ebenda.

¹² Vgl. Herwig Birg, *Die demographische Zeitenwende*, München 2001, S. 80.

¹³ Bericht der Enquete-Kommission des Landtages von Nordrhein-Westfalen, „Zukunft der Städte“, Düsseldorf 2004, S. 43. Hier gibt es allerdings Anzeichen, dass sich diese Zahlen zukünftig stärker angleichen werden, vgl. Jürgen Flöthmann, Artikel zum Thema Migration

¹⁴ Zitat aus der Süddeutschen Zeitung.

¹⁵ Vgl. Meinhard Miegel, *Die deformierte Gesellschaft*, 2004

Allerdings ist fraglich, ob das zahlenmäßige Verhältnis von erwerbsfähigen Menschen zu Rentnerinnen und Rentnern tatsächlich der ausschlaggebende Faktor für die Funktionsfähigkeit der Sozialversicherungen sein wird. Denkbar ist auch, dass vielmehr die zukünftige Produktivitätssteigerung unserer Volkswirtschaft und der Abbau der Massenarbeitslosigkeit für die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme entscheidend sind, sagt zum Beispiel der Sozialethiker F. Hengsbach.

Diese Überlegung zeigt, dass nicht jede gesellschaftspolitische Problemlage automatisch auf den demographischen Wandel zurückgeführt werden darf. Deshalb ist es sinnvoll, wenn man sich vor Augen führt, was den **Kernbereich der Demographiep politik** ausmacht: Es geht immer um Fragen im Zusammenhang mit

1. der abnehmenden Zahl der Geburten in unserer Bevölkerung
2. der Steigerung der Lebenserwartung
3. den Wanderungsbewegungen der Bevölkerung (einschließlich der internationalen Wanderungen), also Zuzügen und Fortzügen¹⁶

und wie sich das Zusammenwirken dieser drei Prozesse vollzieht.

Fest steht, dass sich unser Leben durch den absehbaren Wandel erheblich verändern wird. Es stellen sich viele wichtige Fragen in nahezu jedem Politikfeld. Einige dieser Fragen seien hier exemplarisch aufgeführt:

- Wie werden sich unsere Lebensräume ändern, wenn die Bevölkerung schrumpft? Bietet der Bevölkerungsrückgang Chancen für eine Erneuerung der städtebaulichen Strukturen, und wenn ja welche? Wird die Schrumpfung zu einer stärkeren räumlichen Trennung verschiedener Bevölkerungsgruppen führen?
- Wie wird unsere Gesellschaft durch die steigende Zahl älterer Menschen geprägt werden? Wie lassen sich Engagement und Erfahrungswissen der Älteren für die Gemeinschaft fruchtbar machen? Oder werden alte Menschen zukünftig als soziale Belastung der Gesellschaft betrachtet? Wie werden sich die Möglichkeiten und die Bereitschaft zur Übernahme von Fürsorge wie z.B. zur privaten Pflege von Angehörigen verändern? Wie werden sich die professionellen Pflegeangebote entwickeln?
- Wie werden sich die Rahmenbedingungen des Arbeitslebens ändern, wenn ältere Erwerbstätige tatsächlich länger im Erwerbsleben bleiben? Welchen Einfluss werden die „alternden Belegschaften“ für die Unternehmen und die Wirtschaft haben?
- Was bedeutet die geringer werdende Kinderzahl für die soziale Infrastruktur, für Schulen und Kindergärten? Welche Konsequenzen hat der demographische Wandel für soziale Dienstleistungen, Vereinsleben, Verkehrsinfrastruktur usw.?
- Wie wird das Zusammenleben in einer Gesellschaft aussehen, in der der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund deutlich höher liegen wird als heute (2050: 28%)?

¹⁶ Die Bevölkerungswissenschaft spricht von den drei Faktoren „Fertilität, Mortalität und Wanderung“; so formuliert von Jürgen Flöthmann, Institut für Bevölkerungsforschung und Soziapolitik der Universität Bielefeld, in der Sitzung der Projektgruppe der Stadt Bielefeld „Räume der Zukunft“ am 07.01.05.

3. Die demographische Entwicklung in Bielefeld¹⁷

Die voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerungszahl und die Bevölkerungsstruktur bis 2050

Im Jahr 1973 zählte Bielefeld nach der kommunalen Neuordnung 320.997 Einwohnerinnen und Einwohner. In den Jahren nach 1987 wurden eine vorübergehend leichte erhöhte Geburtenrate und auch eine deutliche Bevölkerungszunahme verzeichnet; das hing vor allem mit dem Zuzug von Spätaussiedlern aus der damaligen Sowjetunion und aus Polen zusammen. Die Öffnung der Mauer hatte einen weiteren Zuzug von Menschen nach Bielefeld zur Folge; 1995 lebten 325.159 Einwohner/innen in der Stadt. Bis 2003 wurde dann ein allmähliches Absinken der Bevölkerungszahl dokumentiert, ab 2003 stieg die Zahl der Einwohner/innen wieder auf 328.993 an¹⁸ und lag Ende November 2005 bei 331.881 (328.857 Hauptwohnsitz und 3.006 Nebenwohnsitz).

Die Einwohnerzahl Bielefelds könnte bis zum Jahr 2050 im Mittel auf 282.000, d.h. um ca. 12% gegenüber 2003, sinken. Demgegenüber wird die Zahl der Haushalte nur um ca. 8% abnehmen. Gleichzeitig wird der Altenquotient¹⁹ um 47% steigen. Das heißt, im Jahr 2000 waren in Bielefeld von 100 Einwohnern/innen 48 Menschen 60 Jahre und älter, im Jahr 2050 werden es zwischen 68 und 71 Menschen sein.

Wegen des unausweichlichen Rückgangs der Zahl potenzieller Eltern wird sich auch die Anzahl der Geburten bis 2050 deutlich reduzieren, schätzungsweise um ca. 30%. Ebenso deutlich wird sich die Zahl der unter 18-jährigen Bevölkerung Bielefelds entwickeln: Im Jahr 2050 werden nur noch 42.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Bielefeld leben, das sind 27% weniger als in 2001. Die Bevölkerung im Alter von 18 bis 30 Jahren wird bis 2050 um 23% sinken, d.h., in Bielefeld werden dann 37.000 Jugendliche und junge Erwachsene leben.²⁰

Die Gruppe der 30- bis 50-Jährigen wird sich bis 2050 voraussichtlich auf einen Anteil von 27 Prozent reduzieren und damit ähnlich stark verkleinern wie die Bevölkerungsgruppe der unter 18-Jährigen – trotzdem wird sie mit 71.000 „Mitgliedern“ die stärkste Altersgruppe sein.

Für die über 50-Jährigen gehen die Prognosen von Wachstum aus: Für die Gruppe der 50- bis 65-Jährigen werden keine großen Veränderungen erwartet, ihre Anzahl wird 2050 bei etwa 53.800 Personen liegen. Die Bevölkerungsgruppe der 65- bis 80-Jährigen wird um 80% zunehmen, d.h. im Jahr 2050 werden dieser Altersgruppe 48.800 Menschen angehören. Die stärksten Zuwächse werden in Bielefeld für die Gruppe der über 80-Jährigen erwartet, im Jahr 2050 werden dieser Altersgruppe etwa doppelt so viele Menschen angehören wie gegenwärtig (ca. 29.500).²¹

¹⁷ Die Bielefelder Zahlen sind entnommen der Studie: „Vorausschätzungen zur zukünftigen Entwicklung der Haushalts- und Bevölkerungsstruktur in Bielefeld bis 2050“ von Herwig Birg und Jürgen Flöthmann, Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik der Universität Bielefeld 2003. Sie sind insofern interessant, als hier ein durchgängiges Konzept mit entsprechenden Prognosen entwickelt worden ist. Zukünftig wird es in Bielefeld darum gehen, auch aktuelle kleinräumige Daten zu erheben, da sich wichtige Veränderungen vorwiegend in Stadtteilen/Quartieren/Sozialräumen entwickeln werden.

¹⁸ Dies liegt vermutlich an der Zweitwohnungssteuer. Viele Studenten und Studentinnen machten infolge dieser Steuer Bielefeld auch offiziell zu ihrem Erstwohnsitz.

¹⁹ Altenquotient: Zahl, bzw. Anteil der Menschen im Alter von 60 und mehr Jahren auf 100 Menschen im Alter von 20 bis unter 60 Jahren (Quelle: Informationen zur politischen Bildung Nr. 282, Herausgeber: Prof. Dr. Herwig Birg).

²⁰ Diese Altersgruppe ist sowohl für den Arbeitsmarkt als auch für die Familienbildung außerordentlich wichtig.

²¹ Zahlen entnommen der Studie: „Vorausschätzungen zur zukünftigen Entwicklung der Haushalts- und Bevölkerungsstruktur in Bielefeld bis 2050“. Herwig Birg und Jürgen Flöthmann, Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik der Universität Bielefeld 2003. Auch diese Veränderung wird starke Auswirkungen haben auf alle (finanziellen) kommunalen Bereiche wie Gesundheit, Mobilität, Pflege etc.

Wanderungsgewinne werden den Bevölkerungsrückgang und die „demographische Alterung“ in Bielefeld nicht aufhalten können; die Entwicklung kann durch Migration bestenfalls abgeschwächt oder verzögert werden.²² Die Migration bestimmter Altersgruppen wird sich allerdings signifikant auf die zukünftige Bevölkerungs- und Haushaltsstruktur in den Kommunen auswirken. Hier ist vor allem auf die zu erwartenden starken Zuzüge junger Erwachsener hinzuweisen; voraussichtlich wird die Zahl der Einpersonenhaushalte dadurch deutlich wachsen.

Die Zuzüge in die Stadt Bielefeld sind weit überwiegend durch junge Erwachsene zwischen 21 und 28 Jahren gekennzeichnet. Würden Zuzüge in dieser Altersgruppe anhalten, könnte Bielefeld langfristig über leichte Wanderungsgewinne verfügen.²³ Im Jahr 2050 würden dann zwischen dem 21. und 28. Lebensjahr zum Teil deutlich mehr als 10% der Bevölkerung eines Altersjahres auf „zugezogene Personen“ entfallen. Da die Fortzüge normalerweise in einem etwas höheren Alter erfolgen und die Zahl der Fortzüge im Allgemeinen geringer ausfallen, könnte sich neben den Wanderungsgewinnen auch eine Verjüngung der Durchschnittsbevölkerung Bielefelds bemerkbar machen.

Beim Vergleich der Zu- und Fortzugsraten zwischen Frauen und Männern lassen sich deutliche Unterschiede feststellen: Während die Zu- und Fortzugsrate bei Frauen im Alter zwischen 20 und 30 Jahren deutlich höher sein wird als bei Männern des gleichen Alters,²⁴ wird sie bei Männern über 30 Jahren höher sein als bei Frauen dieser Altersgruppe. Ab dem 60. Lebensjahr werden sich die Zuzugsraten von Männern und Frauen nahezu gleichen. Frauen über 80 werden häufiger fortziehen als Männer des gleichen Alters, da sie zu ihren Kindern oder Angehörigen oder ins Altersheim ziehen.

Im Auftrag des Amtes für Statistik und Stadtforschung der Stadt Bielefeld ist bei der Universität Bielefeld eine aktuelle Prognose auf Basis einer neuen Erhebung vom Jahr 2004 in Auftrag gegeben worden. Die ersten Ergebnisse liegen – zunächst bis zum Jahr 2035 – seit Dezember 2005 vor, die Ergebnisse bis zum Jahr 2050 stehen noch aus. Die Daten sind noch nicht ausgewertet worden, ein erster Eindruck: Sie weichen nur unwesentlich von den hier zu Grunde gelegten Ausführungen ab. Ein direkter Vergleich ist jedoch nicht möglich, da es sich um eine unterschiedliche Einteilung von Altersgruppen handelt, bei den Aussagen zur Wanderung keine Aussagen zu Alter und Geschlecht getroffen worden sind, die Anzahl der Haushalte fehlt und die Prognosezeiträume voneinander abweichen. Für die weitere Arbeit sollten die aktuellen Daten verwendet werden.

²² Dies ist einhellige Meinung aller Wissenschaftler/innen, die sich mit Bevölkerungsentwicklung und demographischem Wandel befassen.

²³ Vgl. Birg und Flöthmann aaO.

²⁴ Als Grund gibt Jürgen Flöthmann auf der Sitzung der Projektgruppe „Räume der Zukunft“ der Stadt Bielefeld an, dass junge Frauen im allgemeinen eine höhere Mobilitätsrate haben, u.a. aufgrund ihrer schlechteren Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

4. Aktuelle Programme in der Stadtverwaltung Bielefeld

Ergebnis der Sachstandsermittlung in den Dezernaten

Von Oktober bis Dezember 2004 ist von der Projektbeauftragten eine Sachstandsermittlung zum demographischen Wandel in den Dezernaten und den Bezirksämtern der Stadt Bielefeld durchgeführt worden²⁵. Ziel der Abfrage war u.a. auch, Vorschläge bei der Entwicklung eines kommunalen Handlungskonzeptes mit zu berücksichtigen.

In der Abfrage sollte erhoben werden:

- ob und wenn ja wie sich die einzelnen Dezernate schon mit dem Thema „Demographischer Wandel“ befasst haben,
- wo sie Notwendigkeiten und Schwerpunkte für ihr eigenes Handeln sehen,
- an welcher Stelle sie kommunale Schwerpunkte ausmachen und wo sie bei diesen Schwerpunkten Verknüpfungen zu den anderen Fachbereichen sehen,
- wie eine Priorität dieser Schwerpunkte im Hinblick auf die Folgen des demographischen Wandels in der Stadt Bielefeld gesehen wird
- und welche Vorstellungen über notwendige Maßnahmen ganz unabhängig von fachlicher Zuständigkeit und Ressourcen vorliegen.

Insgesamt zeigt sich bei den Antworten²⁶ ein recht unterschiedliches Bild: Einzelne Bereiche in der Stadtverwaltung Bielefeld haben sich bereits intensiv mit dem demographischen Wandel befasst, andere haben sich bisher noch gar nicht oder wenig mit dieser Thematik auseinandergesetzt. Ein „Ranking“ der Maßnahmen, die im Hinblick auf die Folgen des demographischen Wandels als wichtig angesehen werden, ist von den Dezernaten nicht vorgenommen worden.

In den Antworten finden sich eine Reihe von Überlegungen, wie auf die Folgen des demographischen Wandels reagiert werden könnte, die wichtigsten werden im Folgenden stichpunktartig genannt. Dezernatsübergreifende Konzepte, die auf eine direkte Steuerung der demographischen Entwicklung abzielen, liegen noch nicht vor. Das war auch nicht zu erwarten, da sie erst dann erarbeitet werden können, wenn die dafür erforderlichen Grundlagen vorliegen (Bestandaufnahme der einzelnen Handlungsfelder, Datensammlung, Folgenabschätzung etc.). Diese zu erarbeiten wird der nächste zentrale Arbeitsschritt sein.

In den Dezernaten gibt es bereits einzelne Projekte und Konzepte, die demographische Fragen berücksichtigen und somit für die weitere Arbeit an den Handlungsschwerpunkten eine wichtige Grundlage sind. So ist aus dem Dezernat 4 (Bauen und Planen) bekannt, dass im Bereich der

²⁵ Die Auswertung nach erarbeiteten „Demographiekriterien“ und vollständige Übersicht findet sich in der ausführlichen tabellarischen Zusammenfassung im Anhang der Verwaltungsvorlage vom November 2005. Sie ist ausschließlich für die stadtinternen Beratungen verwendet worden.

²⁶ Die Ergebnisse der Abfrage stammen von 2004. Sie sollten einen ersten Eindruck über einzelne Demographieprojekte in der Stadtverwaltung und auch die Sichtweise der Dezernate vermitteln, um diese beim Gesamtkonzept zu berücksichtigen. Für eine Aktualisierung müsste die Abfrage wiederholt werden. Dies ist aus Zeitgründen nicht möglich und auch für die Entscheidung über Ziele und Projektstruktur im Gesamtkonzept nicht erforderlich. Eine aktualisierte Bestandsaufnahme erfolgt bei der Bearbeitung der einzelnen Handlungsschwerpunkte.

Stadtentwicklung, Stadtplanung und Verkehrsplanung die Konzepte und Projekte auf den demographischen Wandel eingestellt werden und dieser Aspekt bei Projekten wie Nahverkehrsplan, Wohnungsmarktbeobachtung, Vorbereitung des Flächennutzungsplanes oder vorbereitenden Arbeiten zum Projekt „Stadtumbau West“ berücksichtigt wird²⁷. Auch im Dezernat 5 (Soziales) gibt es Maßnahmen und Projekte für Kinder und Familien²⁸, den Grundlagenbericht kommunaler Seniorenarbeit und ein Modellprojekt für eine demographieorientierte Jugendhilfeplanung etc., die insgesamt eine wichtige Grundlage für die weitere Arbeit an den Handlungsschwerpunkten darstellen.²⁹

In den Vorschlägen der Dezernate und Bezirksämter finden sich auch weitere Ideen, die in diese Richtung gehen. Aus Sicht verschiedener Organisationsbereiche der Stadt Bielefeld sind im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel folgende Punkte wichtig:³⁰

1. Im Bereich der Aufgaben, die sich direkt auf die Gestaltung der demographischen Entwicklung richten:

- Steigerung der Familienfreundlichkeit/ ein kinder- und familienfreundliches Bielefeld schaffen
- Qualitative Neuausrichtung der städtischen Kinder- und Jugendarbeit (z. B. durch den Ausbau der Angebote für die unter 3-Jährigen³¹ etc.)
- Integration von Menschen mit Migrationshintergrund

2. Im Bereich der Aufgaben, die die Auswirkungen des demographischen Wandels auffangen:

- Demographische Faktoren in der Stadt- und Verkehrsplanung berücksichtigen
- Infrastruktur stärker an die Bedürfnisse älterer Menschen anpassen
- Vermeidung der Ausdifferenzierung von „guten“ und „schlechten“ Stadtteilen
- Neuausrichtung des städtischen Angebots für Kinder und Jugendliche
- Ausbau der interkulturellen Stadtteilpolitik, um soziale Konflikte zu vermeiden
- Ausbau des Informationsangebots für ältere Menschen

3. Im Bereich der Aufgaben, die die Voraussetzungen für demographiepolitische Maßnahmen näher bestimmen:

- Bereitstellung einer kleinräumigen Bevölkerungsprognose für Bielefeld
- Prognose der zukünftigen finanziellen Möglichkeiten der Stadtverwaltung

Für die Politik ergeben sich schon aus dieser Zusammenfassung Handlungsalternativen, die es zu diskutieren gilt. Besonders deutlich wird dies in der Stellungnahme des Bezirksamtes Brackwede, in der wichtige Fragen formuliert werden: Kommt es zu einer Vergreisung des Stadtbezirks, wenn in Zukunft erheblich mehr altengerechter Wohnraum geschaffen wird? Sollte man sich stattdessen darauf konzentrieren, Wohnraum für junge Familien zu schaffen, um für einen verstärkten Zuzug von Menschen mit Kindern oder mit Kinderwunsch zu sorgen? Können angesichts der bestehenden Wohnflächen, der Ausrichtung der Wohnungswirtschaft, der Standortentwicklung und des Flächennutzungsplans, aber auch angesichts der städtischen Finanzlage beide Zielrichtungen kombiniert werden und Bielefeld sowohl für Ältere als auch für junge Familien attraktiv gestaltet werden?

²⁷ So zielt auch das Projekt „Breipohls Hof“ auf eine direkte Steuerung der demographischen Entwicklung ab: Durch das Projekt soll z.B. verhindert werden, dass Einwohner und Einwohnerinnen in das Umland abwandern (Stichwort: Standortpolitik) – und offenbar hat diese Maßnahme bereits Erfolg zu verzeichnen, da die Zahl der abwandernden Haushalte zurückgegangen ist

²⁸ z.B. Ausgestaltung und Ausbau der Tagesbetreuungsmaßnahmen für unter 3-Jährige und 3-6-Jährige, Ausbau vorschulischer Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund, Konzeptentwicklung incl. Aufbau von familienunterstützenden Maßnahmen

²⁹ Auf eine detaillierte Darstellung wird an dieser Stelle verzichtet; vgl. hierzu auch den Vorschlag „Demographiebericht“.

³⁰ Vgl. tabellarische Zusammenfassung im Anhang.

³¹ Findet derzeit statt

Wir werden uns jedenfalls bei der zukünftigen Entwicklung von Maßnahmen davor hüten müssen, die Generationen gegeneinander auszuspielen, gerade wenn es um eine kinderfreundliche Stadt geht.³²

In diesem Zusammenhang wird vom Bezirksamt Brackwede die sehr wichtige Frage aufgeworfen, wie eine Abwanderung der Bevölkerung aus Bielefeld in das Umland vermieden werden kann. Allein diese Frage (Konkurrenz zu den Nachbargemeinden) verdeutlicht die gesamtstädtische Bedeutung des demographischen Wandels. Daher wäre es interessant und für die weitere konzeptionelle Entwicklung hilfreich, wenn sich die anderen Bezirksamter ebenfalls mit diesen Fragen im Hinblick auf ihren „Einzugsbereich“ und somit die möglichen Abwanderungen in die Nachbargemeinden befassen würden.³³

Viele Vorschläge der Dezernate und Ämter machen deutlich, dass erkannt wird, dass man den demographischen Wandel in der Stadt berücksichtigen muss – über das „Wie“ gibt es unterschiedliche Vorstellungen oder es bleibt auch offen. Dafür sehe ich mehrere Gründe: Manche Organisationsbereiche sehen sich nur indirekt bzw. nicht vordringlich vom demographischen Wandel betroffen, und für zukünftige Entwicklungen werden andere Faktoren als wichtiger erachtet. Oder es wird formuliert, dass die Folgen des demographischen Wandels erst zu einem Zeitpunkt eintreten werden, der außerhalb des eigenen zeitlichen Planungshorizonts liegt (so z.B. in der Schulentwicklungsplanung). Wieder andere bezweifeln, dass der demographische Wandel überhaupt entscheidenden Einfluss auf zukünftige Entwicklungen in Bielefeld hat und fragen sich, ob von der Politik so langfristige Strategien verfolgt werden können, wie für die Gestaltung des demographischen Wandels erforderlich sind. Ein Grund für die Unsicherheit ist in der Verwaltung u.a. darauf zurückzuführen, dass es den planenden Organisationsbereichen an statistischen Daten über die demographische Entwicklung in Bielefeld fehlt. Dies wird von mehreren Ämtern ausdrücklich problematisiert.

Bei der Auswertung halte ich zwei Aspekte für besonders wichtig:

1. Für die Entwicklung einer demographieorientierten Politik ist es von hoher Dringlichkeit, dass eine zielführende Datengrundlage bereitgestellt wird. Ohne Daten über die demographische Zukunft in Bielefeld ist eine Zielentwicklung und Maßnahmenplanung für die einzelnen Fachbereiche schwierig.
2. Bei der Erarbeitung der Handlungsschwerpunkte soll in den Dezernaten eine Folgenabschätzung der Auswirkungen des demographischen Wandels vorgenommen werden, um auf dieser Grundlage die fachpolitischen Ziele und Handlungsschritte erarbeiten zu können.

³² So auch Anke Schickentanz-Dey vom Verbund Emscher-Lippe e.V., Vortrag am 29.11.2004 im Forum „Life-Balance nur ein Traum? – Beruf und Familie für Frauen und Männer“ im Rahmen des Kongresses „Demographischer Wandel in NRW“ in Essen.

³³ Aus diesem Grund ist auf Initiative der Stadt Bielefeld ein Arbeitskreis „Demographischer Wandel“ der umliegenden Landkreise geplant, in dem es um Fragen der Kooperation und ggf. Abstimmung von Planungsvorhaben gehen soll. Die Stadt Bielefeld will im Kontext des demographischen Wandels mehr auf regionale Kooperation denn auf Konkurrenz setzen.

5. Die Chancen des demographischen Wandels

Die aktuelle Diskussion konzentriert sich vornehmlich auf die möglichen negativen Folgen wie Gefährdung der Renten, hohe Kosten im Gesundheitsbereich durch Überalterung, Zunahme von kulturellen und sozialen Konflikten etc. Über die möglicherweise positiven Aspekte, die eine abnehmende Bevölkerungszahl mit sich bringt, wird wenig nachgedacht. Im Folgenden einige Ideenskizzen:

„Wir werden weniger“

- Der Rückgang der Einwohnerzahl und die damit geringer werdende Zahl der Haushalte eröffnet die Chance für eine neu gestaltete städtische Infrastruktur. Die frei werdenden Flächen bieten die Möglichkeit, verdichtete und minderwertige Baustrukturen durch neue, attraktivere Stadträume zu ersetzen.
- Als positiver Effekt des demographischen Wandels könnten Familie und Kinder wieder an Bedeutung in unserer Gesellschaft gewinnen, die Chancen für familienpolitische Maßnahmen steigen.
- Und weiterhin eröffnen sich auch bessere Berufs- und Karrierechancen für Mädchen und Frauen, da die Wirtschaft aufgrund des Bevölkerungsrückgangs auf qualifizierte Nachwuchs- bzw. Arbeitskräfte nicht verzichten kann.

„Wir werden älter“

- Es wird eine deutlich längere Lebensphase für ältere Menschen geben, die sie aktiv gestalten und nutzen können.
- Ältere Menschen können ihre Potentiale verstärkt in die Gemeinschaft einbringen und wichtige Aufgaben im sozialen, kulturellen und politischen Leben übernehmen.
- Das Erfahrungswissen der älteren Generation ist nützlich am Arbeitsplatz.

„Wir werden bunter“

- Die Zuwanderung von Menschen aus dem Ausland wird dazu beitragen, dass der Bevölkerungsrückgang gemildert wird.
- Die kulturelle Vielfalt in unseren Städten wird zunehmen.
- Weiterhin können die Qualifikationspotentiale der Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund für Innovationen in der Arbeitswelt genutzt werden.

6. Entwicklung einer „demographieorientierten Kommunalpolitik“ für Bielefeld

Ziele sind wichtig und notwendig für kommunales Handeln.³⁴ In Bielefeld müssen wir für eine „demographieorientierte Kommunalpolitik“ eine **Gesamtstrategie mit Prioritätensetzung** entwickeln.

Dabei sind folgende Punkte vorab zu klären:

- Es muss eine Entscheidung darüber getroffen werden, welche Vorausschätzungen zur Bielefelder Bevölkerungsentwicklung verwendet werden.³⁵
- Auf Grundlage dieses Gesamtkonzeptes sind Ziele und Schwerpunkte festzulegen. Das Augenmerk ist von Anfang an auf die Effektivität von Maßnahmen zu legen. Es sollte nur das als Ziel formuliert werden, was die Kommune auch verwirklichen kann.
- Eine dezernatsübergreifende Kooperation in der Verwaltung ist notwendig, um integrierte Problemlösungen und Konzepte zu erarbeiten.
- Der „demographische Faktor“ ist bei allen Planungen und Entscheidungen in der Stadtverwaltung einzubeziehen.
- Für die Festlegung von Zielen und die Erarbeitung von Umsetzungsschritten ist ein politischer Konsens unumgänglich.

Die Maßnahmen lassen sich in zwei Gruppen unterteilen:

1. Maßnahmen, die die Entwicklung demographischer Prozesse – langfristig – direkt beeinflussen und damit steuern können (z.B. Entwicklung von familienpolitischen Maßnahmen, Integrationsmaßnahmen für Migranten/innen).
2. Maßnahmen, die bereits jetzt Einfluss nehmen und damit dazu beitragen, die Auswirkungen des demographischen Wandels für Staat und Gesellschaft „verträglich“ zu gestalten (z.B. Ausbau der Altenhilfe – Angebote etc).

Beispiele für mögliche übergreifende Themen:

- Soziale Stabilität, Integration von Ausländern/innen.
- Wohnen und Leben im Alter, Zukunftsorientierte Altenhilfeplanung.
- Rolle von Stadtteilen
- Bildung und Qualifizierung / Förderung des Wirtschaftsstandorts.
- Infrastrukturplanung.
- Kinder- und Familienpolitik.
- „demographiefeste“ Finanzplanung.

³⁴ Vor allem bei den bereits schon jetzt überschuldeten kommunalen Haushalten.

³⁵ Es gibt hier Daten des Amtes für Statistik und Wahlen der Stadt Bielefeld, Daten des LDS NRW, der Bezirksregierung Detmold und der Universität Bielefeld (Birg/Flöthmann). Für das Kapitel „Bielefeld in Zahlen“ sind die Zahlen von Birg/Flöthmann zu Grunde gelegt. Diese sollten zukünftig durch neuere Zahlen des Amtes für Statistik und Stadtforschung ersetzt werden. Zur Zeit sieht es so aus, als ob sich der Bevölkerungsrückgang in Bielefeld nicht so stark vollzieht wie in anderen Städten bzw. Regionen („gegenläufiger Trend“). Dies gilt es genauer zu untersuchen (bzw. zu überprüfen), da es hierzu auch andere Aussagen gibt. Diese sich z.T. widersprechenden Aussagen beruhen im wesentlichen auf unterschiedlichen Erwartungen hinsichtlich der Zu- und Fortzüge. Sie zeigen, wie wichtig eine gesamtstädtische Datenlage (Bestandserhebung) für Bielefeld ist. Diese sollte möglichst „kleinräumig“ erfolgen, um später genauere Planungen im Hinblick auf bestimmte Stadtteile vornehmen zu können.

Bei der Entwicklung von kommunalspezifischen Zielen ist es wichtig, die jeweiligen **Besonderheiten und Potentiale der Stadt Bielefeld** und ihrer Akteure zu berücksichtigen. Dabei sollten folgende Fragen beantwortet werden:

- Wie nutzen wir die vorhandenen Potentiale in unserer Stadt? (z.B. Universität/Fachhochschulen, Unternehmen, Weiterbildungseinrichtungen, Wohlfahrtsverbände, Kirchen etc)?
- Wie entwickeln wir ein dezernatsübergreifendes städtisches Gesamtkonzept?
- Wollen wir die Bürgerinnen und Bürger an Zielfindung und Prozess beteiligen?

Es ist sinnvoll, in dem anstehenden kommunalen Diskussionsprozess auch das Wissen von externen Experten und Expertinnen zu nutzen und somit die Handlungsschwerpunkte und Maßnahmepakete mit Menschen innerhalb und außerhalb der Verwaltung gemeinsam zu diskutieren.

6.1. Exkurs: Die Anforderungen an die Kommunen – vier Beispiele für Politikfelder

Im Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, die die Auswirkungen des demographischen Wandels untersucht hat, werden besonders die Bereiche Arbeit, Wirtschaft, Gesundheit und die sozialen Sicherungssysteme als wichtige Felder ausgemacht.³⁶ Handlungsvorschläge und Handlungsempfehlungen werden jedoch fast ausschließlich für die Bundesebene präsentiert. Da die Auswirkungen des demographischen Wandels jedoch überwiegend die Kommunen betreffen und sich dort schon jetzt in nahezu jedem Infrastrukturbereich³⁷ abzeichnen, werden im folgenden Exkurs die Auswirkungen anhand vier zentraler Themenbereiche beispielhaft skizziert, die auch bei der Planung in Bielefeld eine wichtige Rolle spielen werden. 1. Verkehrsinfrastruktur, 2. Jugendarbeit und Bildung, 3. Ver- und Entsorgungsnetze, 4. Öffentliche Verwaltung. Diese Themenbereiche sind u.a. deswegen ausgewählt worden, weil sie bei der Diskussion um die Folgen des demographischen Wandels in der öffentlichen Debatte bisher wenig (oder verkürzt) behandelt werden, obwohl sie wichtige (und kostenintensive) Bereiche kommunaler Politik berühren. Darüber hinaus sollen sie verdeutlichen, wie wichtig und notwendig eine dezernatsübergreifende Sichtweise ist, um integrierte demographieorientierte Problemlösungen zu erarbeiten.

³⁶ Schlussbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“, BT-Drucksache 14/8800. Vgl. hierzu auch Handlungsprogramm der Landesregierung NRW, „Den Demographischen Wandel gestalten“; Düsseldorf, April 2005

³⁷ Unter dem Begriff Infrastruktur „werden alle (meist) öffentlich bereit gestellten Anlagen und Einrichtungen zusammengefasst, die einer arbeitsteiligen Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Sie sind quasi der Unterbau der Wirtschaft. Unter Infrastruktur im engeren Sinne versteht man alle materiellen Bauten wie Verkehrsnetze, Ver- und Entsorgungseinrichtungen, Bildungs- und Kulturstätten.“; vgl. Just, Tobias, Demographische Entwicklung verschont Infrastruktur nicht, Deutsche Bank (Hrsg.), Demographie Spezial, April 2004.

³⁸ Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, 2002, Mobilität und Verkehr, Berlin.

6.1.1. Verkehrsinfrastruktur

Das oberste verkehrspolitische Ziel der Bundesregierung ist die langfristige Sicherung von Mobilität, da diese als ein wichtiger Ausdruck von persönlicher und wirtschaftlicher Freiheit gilt.³⁸ Die Frage, wie sich der demographische Wandel – also eine schrumpfende und alternde Bevölkerung – auf die Nachfrage der Verkehrsdienste und einzelner „Verkehrsträger“ verteilen und auswirken wird, ist schwer zu beantworten.

Eine erste Einschätzung im Hinblick auf die demographische Entwicklung: Stagnierende bzw. rückläufige Bevölkerungszahlen könnten eine rückläufige Verkehrsentwicklung bedeuten. Dabei gilt es, vor allem zwei Fragen zu beantworten:

1. Wie mobil sind „die Alten der Zukunft“?
2. Welche Auswirkungen hat dies auf die Wahl der Verkehrsmittel (modal split)³⁹?

Eine Antwort zu finden ist wichtig für die zukünftige Verkehrspolitik einer Stadt. Dabei gibt es ganz unterschiedliche Trends und Prognosen,⁴⁰ in denen auch Faktoren wie z.B. Technikentwicklung oder politischen Entscheidungen berücksichtigt werden.⁴¹ Es stellen sich also ganz unterschiedliche Fragen, zum Beispiel: Wird die demographische Entwicklung die Ausgabemöglichkeiten für Verkehrsinfrastrukturprojekte einengen, da die Zahl der Erwerbspersonen sinkt und die Ausgaben für wichtige öffentliche Aufgaben zunehmen werden (z.B. im Bereich der Sozialversicherungen)? Bedeutet „weniger Menschen“ auch gleichzeitig, dass die Kosten für den öffentlichen Nahverkehr niedrig gehalten werden durch kleinere oder weniger Busse? Wie mobil sollen und können alte Menschen sein, welche finanziellen Mittel werden für öffentliche Verkehrsmittel ausgegeben? Was bedeutet der Geburtenrückgang für die möglichen weiten Wege von Kindern zu Kindergärten und Schulen? Die Fragen verdeutlichen, daß in den Kommunen zukünftig bei der Entwicklung von Planungsvorhaben die demographischen Entwicklungen bedacht werden müssen.

6.1.2. Jugendarbeit und Bildung

Die Kinder- und Jugendhilfe und auch die Bildungspolitik werden stark von den demographischen Entwicklungen betroffen sein: Durch die prognostizierte abnehmende Kinderzahlen und damit auch die Zahl der Schüler und Schülerinnen könnten Ausgaben in diesem Bereich nach 2015 voraussichtlich zunächst sinken. Langfristig wird sich dann – noch deutlicher als bisher – die Frage stellen, wie Bildung, Erziehung und Betreuung flächendeckend und qualitativ hochwertig geleistet werden können.

Bereits für die aktuelle Situation, aber besonders für die Zukunft, ergeben sich somit in den Kommunen folgende Fragen:

- Wie können bei der Erziehung der Kinder Eltern, Kindergärten, Jugendeinrichtungen und Schulen enger zusammenwirken, um die notwendige Ganztagsbetreuung der Kinder zu garantieren?⁴²
- Wie muss eine Bildungslandschaft aussehen (sowohl öffentlich als auch betrieblich), um die erforderlichen Bildungsabschlüsse für alle Kinder und Jugendlichen zu garantieren und den Älteren lebenslang Lernmöglichkeiten zu gewährleisten?
- Wie werden die wichtigen Integrationsleistungen für Kinder mit Migrationshintergrund finanziert?
- Wie soll sich die Familienpolitik entwickeln?
- Werden ggf. gemeinsame Konzepte für Bildung, Ausbildung und Weiterbildung entwickelt?

Besonders im Kontext der Diskussion um die Folgen des demographischen Wandels gilt es die Frage zu klären, welchen Stellenwert Bildung von Kindern und Jugendlichen und Qualifizierung von (älteren) Arbeitnehmern/innen zukünftig einnehmen wird – z.B. im Zusammenhang mit der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes oder der Kommunen untereinander im Hinblick auf die Ansiedelung von Unternehmen, die qualifizierte junge Arbeitskräfte mit Innovationspotentialen brauchen und fordern.

³⁹ Der „Modal Split“ (Verkehrsmittelwahl) beschreibt die Verteilung des Verkehrs auf die Verkehrsträger Pkw, Öffentlicher Verkehr (Bus und Bahn), Fahrrad, zu Fuß.

⁴⁰ Vgl. auch zu den regionalisierten Bevölkerungsprognosen INKAR Programm des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung 2003.

⁴¹ Vgl. auch Sammer, G., Verkehrsprognose zwischen Dichtung und Wahrheit, Institut für Verkehrswesen, Universität für Bodenkultur, Wien 1997.

⁴² Vgl. hierzu Tatje, Susanne, „Es geht um die gleichen Kinder“ – Zur Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule, in: Esch, Karin/Mezger, Erika/Stöbe – Blosssey, Sybille (Hrsg.), „Kinderbetreuung – Dienstleistung für Kinder“, Wiesbaden 2005.

Die Europäische Union hat sich dem Ziel verschrieben, die wettbewerbsfähigste und dynamischste Wissensgesellschaft der Welt zu werden⁴³ – die Ergebnisse der PISA - Studie sprechen in Deutschland jedoch eine andere Sprache:⁴⁴ „Unsere“ Ergebnisse haben z.B. Wirtschaft und Handwerk veranlasst, sich verstärkt den Fragen von Bildung und Qualifizierung zu widmen, denn die Zukunft gehört den Ländern, die mit dem Qualifikationspotential ihrer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im internationalen Wettbewerb (auch im Zusammenhang mit der Globalisierung von Märkten) mithalten können.⁴⁵

Die zukünftig sinkende Zahl der Kinder und die vielerorts fehlenden Nachweise der Wirksamkeit von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit⁴⁶ veranlassen manche Politiker schon jetzt, über Einsparungen in diesem Bereich nachzudenken. Sie wollen mit diesen Geldern zum einen die Belastungen durch die sozialen Sicherungssysteme zumindest teilweise kompensieren, den (notwendigen) Ausbau von Ganztagschulen finanzieren oder die Altenhilfestruktur ausbauen. Für sie bedeuten weniger Kinder und Jugendliche (automatisch) weniger Kindergärten, Jugendeinrichtungen und Jugendtreffs oder Schulschließungen und damit weniger Ausgaben. Auf der jugend- und bildungspolitischen Seite wird argumentiert: Wenn die Zahl der Schülerinnen und Schülern in Deutschland bis zum Jahr 2020 um mindestens 15% und bis 2050 um mindestens 20% sinkt, lässt sich daraus nicht ableiten, dass die Zahl der Schulen proportional abnehmen muss. Die frei werdenden Ressourcen könnten auch für Maßnahmen zur Verbesserung von Bildung, Erziehung und Betreuung genutzt werden.

⁴³ European Council, 23-24 March 2000, Presidency Conclusions, Lissabon.

⁴⁴ Vgl. Baumert, J. u.a. (Hrsg.); „Pisa 2000. Basis-kompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich.“ Opladen, 2001.

⁴⁵ Konsequenzen aus PISA/Positionen des Handwerks. Schriftenreihe Baden-Württemberger Handwerkertag, Juli 2002.

⁴⁶ Hinte, Wolfgang; „Jugendarbeit unter erschwerten Bedingungen“, Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2004.

⁴⁷ Vgl. Tatje, Susanne; „Nichts bleibt wie es ist – Der demographische Wandel und die Jugendhilfe“, in: Arbeitsgemeinschaft der Jugendhilfe (agj) (Hrsg.), FORUM Jugendhilfe 4/2004.

⁴⁸ Vgl. hierzu im Anhang „Kinderbetreuung in Frankreich – Allons les enfants...“.

⁴⁹ Vgl. die Expertise von Klaus Peter Strohmeier, Ruhr-Universität Bochum, in: „Zukunft der Städte“, Abschlussbericht der Enquetekommission „Zukunft der Städte“ des Landtages NRW, Düsseldorf 2004

⁵⁰ Zu dieser Frage sagt Dr. Johannes Meier von der Bertelsmann Stiftung am 12.01.05 auf der Tagung zum Thema „Kommunale Infrastruktur im demographischen Wandel“ in Everskirchen: „Stadtumbau heißt auch Rückbau – es dürfen dann keine neuen Flächen erschlossen werden.“

Zukünftig gilt es also auch in Bielefeld zu entscheiden, wie sich im Kontext der demographischen Entwicklung die Betreuungssituation von Kindern und die Angebotsstruktur der Jugendarbeit im Zusammenhang mit der Entwicklung der gesamten Schullandschaft (und ggf. auch Weiterbildungslandschaft) gestalten soll.⁴⁷ Das heißt, es gilt die Frage zu klären, ob – und wenn ja wie – Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen, evtl. auch im Zusammenhang mit der Entwicklung von familienfreundlichen Konzepten,⁴⁸ konzeptionell und organisatorisch entwickelt und strukturiert werden und ob sie evtl. zu einem Schwerpunkt kommunaler Politik werden soll (Stichwort: „Familienfreundliche Kommune“ – auch als sog. „weicher Standortfaktor“).

6.1.3. Ver- und Entsorgungsnetze

In Studien über die Auswirkungen des demographischen Wandels wird deutlich, dass sich Städte und Stadtteile zukünftig stark verändern werden.⁴⁹ In der Stadtentwicklungspolitik stehen somit grundsätzliche kommunalpolitische Entscheidungen an zu Fragen wie

- Weisen wir zukünftig noch Siedlungsflächen aus?
- Wie entwickeln wir zukünftig unsere Stadtgebiete?
- Wie gehen wir mit Leerständen in Stadtgebieten um?

Mögliche Alternativen:

- Hochbauten abreißen
- Hochbauten umbauen (z.B. in 2-Familienhäuser) oder
- Grünflächen vergrößern oder schaffen.

Diese Entwicklungen wirken sich auch auf kommunale infrastrukturelle Maßnahmen wie leitungsgebundene Versorgung (Gas, Wasser, Strom, Fernwärme) und Entsorgung (Abwasserkläranlagen) aus,⁵¹ für die die Kommunen eine Gewährleistungspflicht gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern haben.⁵² Die quantitative Ausweitung dieser Bereitstellung nahm laut einer wissenschaftlichen Expertise bis 1990 stetig zu.

Für den Energiebereich stellen sich Fragen, die mit folgenden energiepolitischen Entscheidungen zusammen hängen:

- Atomenergie⁵³ und fossile Energie vs. regenerativer Energiequellen und
- Entwicklung zentraler oder dezentraler Energieversorgungssysteme (Windenergie, Entwicklung von Blockheizkraftwerken-Anlagen⁵⁴, Kraft-Wärmekopplung, Biogas)

Weiterhin müssen zukünftige Entwicklungen berücksichtigt werden wie

- wissenschaftlicher Fortschritt/technologische Innovation,
- individueller Energieverbrauch,
- staatliche Energiepolitik, das heißt
 - Reglementierung im Kontext von Klimaschutzziele,
 - Subventionen (Wasser - Solarenergie, Biogas),
 - weitere Gesetzesinitiativen (wie „Gesetz zur Fortführung der ökologischen Steuerreform“ vom 16.12.1999).

In den Kommunen müssen also zukünftig bei der Entwicklung von Planungsvorhaben und damit zusammenhängend beim Ausbau der sog. „leitungsgebundenen Infrastruktur“⁵⁵ im Rahmen des möglichen Umbaus von Wohnungsmärkten die demographischen Entwicklungen bedacht werden, denn die Ver- und Entsorgungsnetze haben einen sehr langen Investitionszyklus⁵⁶ und auch einen hohen Fixkostenanteil⁵⁷. Und da die Produktionskosten nicht proportional zum Nachfragerückgang⁵⁸ sinken, wird die Kostenbelastung der Bürgerinnen und Bürger pro Kopf in Folge eines demographisch bedingten Nachfragerückgangs zunehmen. Die interessante Frage an dieser Stelle: Ab welcher Einwohnerzahl „kippt“ das Verhältnis, muss nach Möglichkeiten gesucht werden, die Netzinfrastruktur anzupassen?

Unter Experten gibt es zu dieser Frage unterschiedliche Meinungen: Einige sehen beim Umbau bzw. der Anpassung der Infrastruktur bereits jetzt dringenden Handlungsbedarf, für andere vollzieht sich die Veränderung durch den demographischen Wandel in diesem Bereich eher langsam: Strukturveränderungen würden erst auf längere Sicht eine größere Bedeutung erhalten, als entscheidende Faktoren für die zukünftige Entwicklung seien eher politische Vorgaben (staatliche Regulierung) und Forschungsfortschritte (z.B. die Entwicklung der Brennstoffzelle) wichtig.⁵⁹ Eine auf Zukunft gerichtete Infrastrukturplanung ist also notwendig, aber durch die unterschiedlichen Expertenmeinungen und Prognosen gleichzeitig mit großen Unsicherheiten verbunden.

⁵¹ Nicht leitungsgebunden: Müllabfuhr

⁵² Kommunen müssen diese Versorgung (Gas oder Strom) nicht selbst machen, sondern können sie auch an Externe vergeben, Grundlage: Konzessionsverträge.

⁵³ AKW's sichern ca 30% des Strombedarfs.

⁵⁴ Blockheizkraftwerke können dezentral geplant und für Energieerzeugung genutzt werden; vgl. Epp, Bärbel, „Mit Kunden im Geschäft sein“, 18.05.2001, aus: energieportal24, <http://www.energieportal24.de>, 01.01.05

⁵⁵ Deutsche Bank Research: „Aktuelle Themen. Demografie Spezial“. Frankfurt am Main, 2004.

⁵⁶ Abschreibungen von Trinkwasserleitungen über 25 Jahre, durchschnittliche Nutzungsdauer von bis zu 80 Jahren, Vgl. Deutsche Bank Research: „Aktuelle Themen. Demografie Spezial“. Frankfurt am Main, 2004.

⁵⁷ 75% der Kosten bei der Abwasserentsorgung fallen unabhängig von der nachgefragten Menge an.

⁵⁸ Zu beobachten sind die Auswirkungen verfehlter Planungen bereits in den Fortzugsgebieten Ostdeutschlands: Dort ist die Infrastruktur überdimensioniert und daher viel zu teuer; in manchen Gegenden können sich die Wohnnebenkosten sogar verdoppeln, dazu kommen noch gesundheitliche Risiken durch Trinkwasser, das zu lange in zu großen Leitungen bleibt; vgl. hierzu auch Freudenberg, D., Koziol, M. (2003): „Anpassung der technischen Infrastruktur beim Stadtumbau“, Fachbeiträge zu Stadtentwicklung und Wohnen“, isw-Schriftenreihe, 2/2003.

⁵⁹ Diese differenzierte Position vertritt z.B. Herbert Even, Geschäftsführer der COMUNA Metall im Gespräch am 30.12.04 in Herford: „Es gibt entgegenwirkende Tendenzen: Auf der einen Seite wird der spezifische Verbrauch durch den technischen Fortschritt wie z.B. regenerative Energien geringer werden - auf der anderen Seite steigt durch das höhere Lebensniveau der Bevölkerung der Energieverbrauch pro Wohneinheit“.

6.1.4. Öffentliche Verwaltung

Bei der Diskussion um die Folgen des demographischen Wandels stellt sich die grundsätzliche Frage, ob bei einer abnehmenden Bevölkerungszahl die Kommunen ihre Dienste auch zukünftig in der bisher gewohnten Intensität anbieten können⁶⁰, oder ob die Anzahl der Beschäftigten gemäß der demographischen Entwicklung abnehmen wird (Größe des Verwaltungsapparates)?

Einige Fakten: Derzeit sind 55.5 Mio. Menschen zwischen 15 und 65 Jahren in Deutschland erwerbsfähig, aller Voraussicht nach werden es im Jahr 2050 nur noch 44.4 Mio. Menschen sein. Wie groß die Zahl der Erwerbstätigen dann wirklich sein wird, ist nicht absehbar. Nach einer Expertise der Deutschen Bank hängt dies wesentlich von „dem Erfolg der gegenwärtig begonnenen Arbeitsmarktreformen ab“,⁶¹ es würden aber auf jeden Fall weniger sein als im Jahr 2000.⁶² Experten vermuten, dass die demographische Entwicklung bereits in den nächsten Jahren zu einer „starken Erosion der Erwerbstätigenzahl“ führen wird.

Zum Öffentlichen Dienst: Rund 1/5 der gesamten Ausgaben der öffentlichen Hand entfallen auf den Ausgabenbereich Personal, dies entspricht ca. 200 € Mrd. p.a. Gegenwärtig arbeiten im öffentlichen Dienst – bei Bund, Ländern und Gemeinden – rund 4,1 Mio. Menschen. Zählt man mittelbare Einrichtungen wie Bundesbank, Sozialversicherungsträger oder die Bundesagentur für Arbeit hinzu, kommt der Öffentliche Dienst auf ca. 4,7 Mio. Beschäftigte. Das sind ca. 13% der Beschäftigten in Deutschland, davon entfallen knapp 45% auf die Länder und ca. 30% werden den Gemeinden zugerechnet. 50% der Beschäftigten an Schulen und Hochschulen werden als „demographieunabhängig“ betrachtet, dafür wird die Zahl der Bediensteten in anderen Bereichen wie Wohnungswesen, Ernährung, Wirtschaftsunternehmen oder auch beim Bundeseisenbahnvermögen voraussichtlich linear zu der allgemeinen demographischen Entwicklung zurückgehen. Das heißt, die Zahl der Beschäftigten des öffentlichen Sektors wird voraussichtlich bis 2050 deutlich abnehmen.⁶³

⁶⁰ Einmal abgesehen von der Frage, welche technischen Neuerungen (z.B. e-government) die Anzahl der Beschäftigten in den Rathäusern senken werden.

⁶¹ Deutsche Bank Research: „Aktuelle Themen. Demografie Spezial“. Frankfurt am Main, 2004., S. 23.

⁶² Selbst wenn es gelingt, die Arbeitslosenquote auf 5% zu senken und die Lebensarbeitszeit deutlich zu erhöhen, werden 2050 weniger Menschen erwerbstätig sein als heute.

⁶³ Die Auswirkungen auf die Immobilienmärkte werden an dieser Stelle nicht thematisiert.

⁶⁴ Diese Szenarien wurden von der Deutsche Bank Research entwickelt; vgl. Deutsche Bank Research. „Aktuelle Themen. Demografie Spezial“ S. 24f, Frankfurt am Main, 2004.

⁶⁵ Hierzu gibt es erste Überlegungen.

Es stellt sich somit die grundsätzliche Frage: Wie viel Verwaltung braucht die Gesellschaft zukünftig bzw. kann sie sich leisten? Aus den Trends der demographischen Entwicklung allein ist allerdings nicht automatisch abzuleiten, dass die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Sektor sinken wird, auch hier geht es zumindest in einigen Bereichen um politische Entscheidungen: Denn ob beispielsweise die Zahl der Lehrer/innen oder Erzieher/innen bei abnehmenden Kinderzahlen zurückgeht, hängt zusammen mit jugend- und bildungspolitischen Entscheidungen, also der Frage, in welcher Höhe Finanzmittel zukünftig für „Erziehung und Bildung“ ausgegeben werden (vgl. hierzu auch 2. Beispiel „Jugendarbeit und Bildung“).⁶⁴ Trotz dieser Unsicherheiten ist es für die Stadtverwaltung Bielefeld wichtig, sich frühzeitig auf diese Entwicklungen einzustellen und entsprechende Personalkonzepte für die Zukunft zu entwickeln.⁶⁵

7. Erste Handlungsschritte in Bielefeld

Die Ziele und Handlungsschwerpunkte, die für die „Bielefelder Demographiepolitik“ vorgeschlagen werden und die es zu entscheiden gilt, leiten sich aus den bisher skizzierten Themen – und Problembereichen ab,⁶⁶ sind von der Stadt Bielefeld tatsächlich beeinflussbar,⁶⁷ berücksichtigen Vorschläge der Dezernate⁶⁸ und könnten sich ggf. in eine Diskussion über Visionen und Leitbilder integrieren lassen⁶⁹.

7.1. Mögliche Ziele für die Stadt Bielefeld⁷⁰:

1. „Wir fördern Integration!“⁷¹
2. „Wir werden die familienfreundlichste Stadt in NRW!“
3. „Wir wohnen zukunftsfähig!“⁷²
4. „Wir lernen lebenslang!“
5. „Wir gehen fit in die Zukunft!“
6. „Wir wirtschaften für die Zukunft!“

Die entsprechenden **Handlungsschwerpunkte** sind dann:

zu 1.:

Integrations- /Migrationspolitik;

Aspekt „Demographischer Wandel“:⁷³

- Der Zuzug von Zuwanderern/innen (jungen Familien) und damit verbunden auch die zunehmende Zahl von Kindern sind für die Bevölkerungsentwicklung wichtig.
- Das Qualifikationspotential von jungen Menschen mit Migrationshintergrund ist notwendig für Innovation in Unternehmen (Standortvorteil für eine erfolgreiche „Ansiedelungspolitik“).
- Die Entwicklung von frühzeitigen Maßnahmen verhindert soziale Konflikte in den Quartieren (Segregation vermeiden).

zu 2.:

Kinder- und Familiepolitik;

Aspekt „Demographischer Wandel“:

- Ausreichende, flexible⁷⁴ und qualitativ hochwertige Kinderbetreuungsangebote für Kinder aller Altersgruppen können ein „Motivationsfaktor“ zur Entscheidung für oder gegen Kinder sein.
- Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern, d.h. familienpolitische Maßnahmen gelten als „weicher“ Standortfaktor und sind somit wichtig für den Wirtschaftsstandort Bielefeld.
- Generationenübergreifende Maßnahmen und Projekte sind Werbeträger für die Stadt.

⁶⁶ Hier werden auch die Anregungen aus der Abfrage der Dezernate berücksichtigt.

⁶⁷ So ist der Faktor „Arbeit“ entscheidend als Motiv für den Zu- oder Wegzug, jedoch durch kommunalpolitische Maßnahmen nur wenig zu beeinflussen.

⁶⁸ Das sind nach Aussage der Bevölkerungswissenschaftler die Faktoren Fertilität, Mortalität und Wanderung.

⁶⁹ Eine mögliche Diskussion um ein Leitbild für Bielefeld sollte die von Verwaltung und Politik im Konsens verabschiedeten Ziele für den demographischen Wandel berücksichtigen resp. integrieren.

⁷⁰ Die Nummerierung bedeutet keine Wertigkeit

⁷¹ Derzeit erarbeitet eine dezernatsübergreifende AG ein „Konzept zur Verbesserung der Integration der Zuwanderinnen und Zuwanderer in Bielefeld“. Die Entwicklung des Konzeptes geschieht zunächst in vier ganztägigen Workshops, die wissenschaftlich begleitet werden (von Prof. Krummacher und Prof. Kulbach von der ev. FH Bochum.); die Kosten werden vom Land NRW im Rahmen des Projektes KOMM_IN NRW. getragen. Dieses Konzept soll auch als Grundlage für den demographiepolitischen Handlungsschwerpunkt „Integration/Migration“ verwendet werden.

⁷² Die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt für Jung und Alt am 10.07.05 entsprechen diesen Zielen und müssten bei der weiteren Bearbeitung berücksichtigt werden.

⁷³ Das Thema Migration war unter anderem ein Thema im Rahmen der Arbeitstagung der Regionalagentur Ost-Westfalen Lippe am 7.9.05 unter dem Titel: „Innovative Ideen und Projekte für Ost-Westfalen Lippe“. Im Workshop „jung und kompetent“ wurde von Suheila Valamehr von der Rege mbH das „Projekt Migra“ vorgestellt, das zum Ziel hat, junge Migrantinnen zu aktivieren, zu orientieren und zu qualifizieren. Im Vordergrund steht dabei die kultursensible Beratung

⁷⁴ Beispiel: Das Projekt MINIMAX der von-Laer-Stiftung, Bielefeld.

zu 3.:**Stadtentwicklung; Aspekt „Demographischer Wandel“:⁷⁵**

- Aktive Innenstadtpolitik: „Ab in die Mitte“ - Die Kernstädte „zukunfts-fähig“ machen und damit deren Ausbluten verhindern.
- Neuorientierung in der Ausweisung von Siedlungsflächen.
- Innovative Projekte im Bereich von Baumaßnahmen hinsichtlich der Bedürfnisse zunehmend älterer Menschen.
- Innovative Konzepte im Wohnbereich mit den Bedürfnissen nach preiswertem Wohnraum verbinden – Stichwort: Junge Familien (z.B. aus dem universitären Bereich) in Bielefeld halten
- Kultur in der Stadt

zu 4.:**Bildung und Qualifizierung; Aspekt „Demographischer Wandel“:**

- Universität und Fachhochschulen sind günstige Faktoren für den Zuzug von jungen Menschen, die evtl. „am Ort“ Familien gründen.
- Wissenschaft und Forschung als Standortvorteil.
- Gute Schulangebote sind für Eltern ein wichtiges Entscheidungskriterium für Zu- oder Wegzug.
- Das Qualifikationspotential junger Menschen wird zukünftig immer wichtiger im Hinblick auf notwendige Innovationen in Unternehmen; wichtige Aufgabe hinsichtlich Ausbildung und Übergang Schule – Beruf.
- Das Qualifikationspotential von jungen Menschen mit Migrationshintergrund ist notwendig für Innovation in Unternehmen (Standortvorteil für eine erfolgreiche „Ansiedlungspolitik“).
- Die Entwicklung von frühzeitigen Bildungsangeboten für Kinder mit Migrationshintergrund (z.B. Sprachkurse) vermeidet soziale Konflikte.
- Weiterbildung/Qualifizierung von älteren Arbeitnehmern/innen (durch Universität und Weiterbildungseinrichtungen) sind wichtig für Unternehmen (erfolgreiche „Ansiedlungspolitik“).
- Forschung als Wirtschaftsfaktor.
- Entwicklung von Gesundheits- und Präventionskonzepten in der Stadt.⁷⁶

zu 5.:**Alten⁷⁷- und Gesundheitspolitik⁷⁸ ;
Aspekt „Demographischer Wandel“:**

- Durch die vorhersehbare zukünftige strukturelle Alterung der Bevölkerung (Anteil der Hochbetagten steigt) werden sich im Bereich von Gesundheit und Krankheit besondere Notwendigkeiten des Handelns ergeben: Zum Beispiel steigt der Anteil der Hochbetagten, und dadurch müssen neue Konzepte für Prävention und (möglichst) wohnortnahe Versorgung entwickelt werden.
- Die Stadtentwicklung muss sich darauf einstellen und Möglichkeiten der wohnortnahen Versorgung schaffen.
- Bielefeld liegt in einer Gesundheitsregion und von daher sind die bereits entwickelten Potentiale zu nutzen.⁷⁹
- Der Anteil der „fitten Alten“ wird sich deutlich erhöhen. Hier gilt es, die Potentiale verstärkt zu nutzen (Stichwort: Ehrenamt, Bürger-schaftliches Engagement).

⁷⁵ Vergleiche hierzu unter anderem den Wohnungsmarktbericht 2005/2006 des Dezernates 4 Bauen/Planen.

⁷⁶ Beispiel: An der FH Bielefeld/ Fachbereiche Pflege-management und Architektur sind im Jahr 2004 mehrere Abschlussarbeiten präsentiert worden, die u.a. interdisziplinäre Konzepte für „Wohnen für demenzkranke Menschen“ beinhaltet haben. Auch im Jahr 2005 werden Projekte präsentiert, die diese Thematik beinhalten. Diese könnten bei zukünftigen Planungen berücksichtigt werden; Ansprechpartnerin: Frau Prof. Mons, FH Bielefeld.

⁷⁷ Das Thema Altenpolitik sollte bei allen Handlungsfeldern – von der Stadtentwicklung bis zur Familienpolitik oder auch Weiterbildung – als Querschnittsaufgabe berücksichtigt werden (bei der Entwicklung von Projekten und Konzepten), da es über die Bereiche Gesundheit und Pflege hinausgeht. Durch die zukünftig zunehmende (strukturelle) Alterung der Gesellschaft und vor allem die Zunahme der Hochaltrigen wird allerdings ein qualitativer und quantitativer Ausbau von Pflege-, Versorgungs- und Gesundheits – Angeboten erforderlich sein, und dieser Tatsache muss bei der kommunalen Planung Rechnung getragen werden.

⁷⁸ Das Thema Gesundheit wird nicht vom Dezernat 3/5 vorgeschlagen (zu Gesundheit gibt es keine Ausführungen).

Es resultiert erstens aus den Ergebnissen der Tagung am 16.11.04 „Die Zukunft hat schon begonnen“ in Kooperation mit dem Landesinstitut für den Öffentlichen Gesundheitsdienst NRW (lögD), aus Gesprächen mit der WEGE zum Thema Gesundheitswirtschaft und Gesprächen mit der FH Bielefeld/Fachbereich Sozialwesen, Bereich „Public Health“.

⁷⁹ Vgl. hierzu auch das Konzept der WEGE im Bereich „Seniorenwirtschaft“ (in Kooperation mit dem Institut für Arbeit und Technik NRW (IAT), Gelsenkirchen.

zu 6.:

Wirtschaftsförderungspolitik;

Aspekt „Demographischer Wandel“⁸⁰

- Familienfreundliche Kommune: Ganztagsangebote an Schulen
- Aktive Standortpolitik: qualitativ hochwertige Angebote von Schulen
- Nachwuchsarbeitkräfte fördern: Bildungs- und Ausbildungssituation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund verbessern
- Ältere Arbeitnehmer/innen fördern: Weiterbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten schaffen
- Junge Wissenschaftler/innen fördern: Bezahlbarer Wohnraum, Arbeitsförderung/Kooperation mit der örtlichen Wirtschaft

7.2. Strukturen:

Um die Inhalte (Handlungsschwerpunkte) zu erarbeiten, ist ein Steuerungskreislauf entwickelt worden.

Planung:

Aufstellung von Konzepten mit Leitbildern, Zielen und Maßnahmen

Umsetzung:

Beschlüsse durch Rat und schrittweise Umsetzung der Maßnahmen

Controlling:

Überprüfung anhand von Indikatoren/Demographieberichterstattung

Anpassung und Weiterentwicklung:

Justierung der Maßnahmen an Zielerreichung



Abbild 1: Steuerungskreislauf (Ablauforganisation) für das Verfahren/ den Prozess (ein idealtypisches Modell) – Demographische Stadtentwicklung als kontinuierlicher Veränderungsprozess

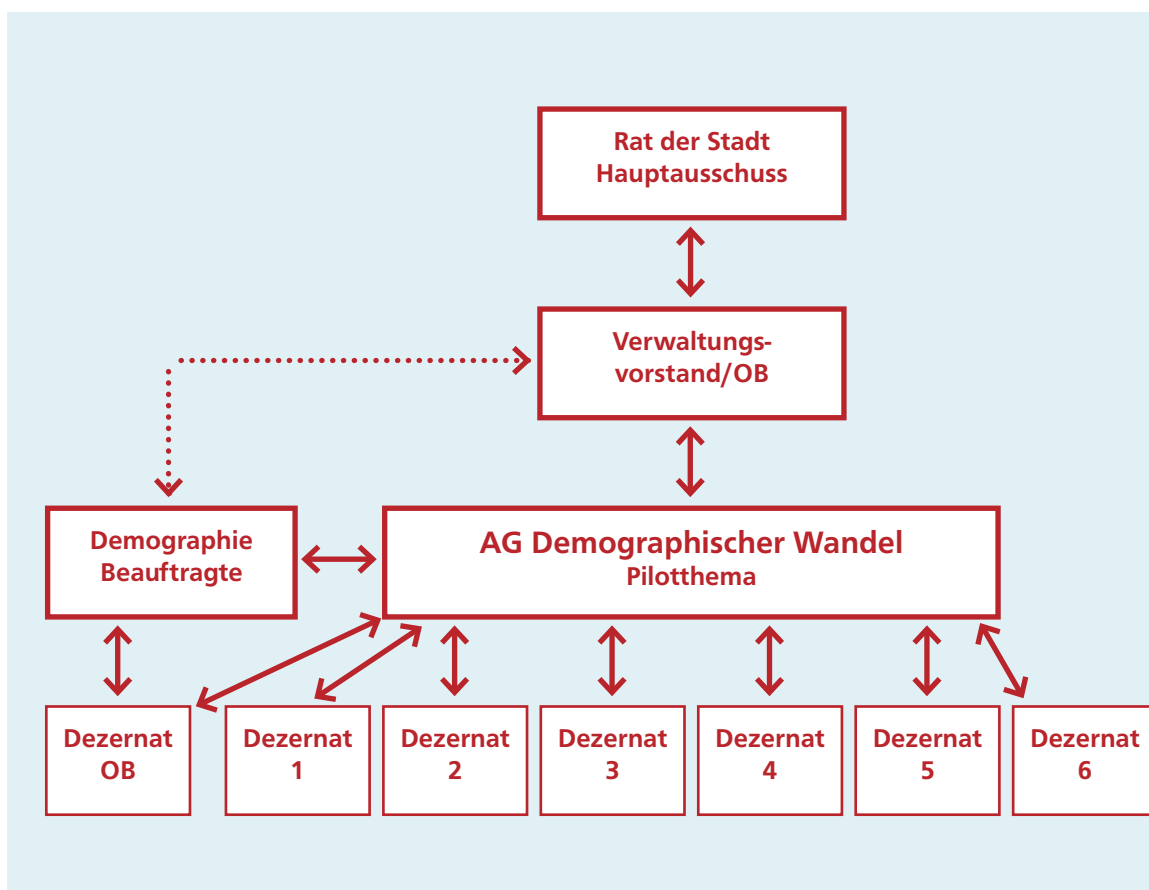
⁸⁰ Siehe hierzu auch die Ergebnisse der Arbeitstagung der Regionalagentur OWL zum Thema „Innovative Ideen und Projekte für Ost-Westfalen Lippe“ am 7.9.05. Im Bereich Wirtschaft wurde ein Praxisbeispiel von Prof. Dr.-Ing. Alexander Pollack der Co-MITT GmbH & Co vorgestellt. Stichworte waren hierbei, wie können Potentiale der Region als Standortfaktoren genutzt werden und wie können bspw. ausländische Uni-Absolventen zum Bleiben angeregt werden? Vorschläge hierzu waren die Internationalisierung der UITAS, Sprachkurse, „Partner“ der Stadt/Uni, familienpolitische Maßnahmen und es müssen mehr internationale Kontakte hergestellt werden zwischen der Uni, den Wirtschaftsunternehmen, den Kammern, etc.

In diesem Prozess sollte in regelmäßigen Zeitabständen eine Überprüfung der Wirkungen erfolgen, um die Prognosen und damit auch Planungsvorhaben bei Bedarf zu aktualisieren und anpassen zu können.

Weiterhin ist für die Verwaltung eine Projektorganisation entwickelt worden, die auf der Bielefelder Verwaltungsstruktur beruht und in der die Handlungsfelder (Schwerpunktt Themen) erarbeitet werden. Dies geschieht für das erste Thema in einer Pilotphase.

Die Schwerpunktt Themen⁸¹ werden nach der Entscheidung des Verwaltungsvorstandes und der Politik in einem ersten Arbeitsschritt in den Dezernaten erarbeitet (Bestandsaufnahme, Folgenabschätzung). Dort werden Konzepte und Maßnahmen entwickelt, die auf eine direkte Steuerung der demographischen Entwicklung abzielen. Dies geschieht auf Grundlage von (wenn möglich) kleinräumigen Daten und Prognosen, die vom Amt für Statistik und Stadtforschung (120) zur Verfügung gestellt werden. Die Demographiebeauftragte ist frühzeitig zu beteiligen. Die Ergebnisse werden in einer dezernatsübergreifenden Arbeitsgruppe durch weitere Beiträge anderer Dezernate nach festgelegten „Demographiekriterien“ zusammengestellt mit dem Ziel, einen Maßnahmenkatalog incl. Umsetzungsschritte für eine Entscheidung im Rat vorzubereiten. Bei Bedarf werden interne und externe Expertinnen und Experten hinzugezogen.

Die Federführung für die inhaltliche Bearbeitung der einzelnen Schwerpunktt Themen liegt bei dem jeweiligen Dezernat, das thematisch am stärksten berührt ist. Die Entscheidung hierüber trifft der Verwaltungsvorstand (VV). Die Koordinierung und Steuerung des Gesamtprozesses liegt im Dezernat des Oberbürgermeisters bei der Projektbeauftragten Demographische Entwicklungsplanung.



⁸¹ Vgl. Punkt 7.1.

Abbild 2: Die Projektorganisation

7.3. Akteure:

- **Projektbeauftragte Demographische Entwicklung:** Steuerung des Gesamtprozesses in der Verwaltung, Teilnahme in der Arbeitsgruppe Demographische Entwicklungsplanung, Beobachtung und Auswertung der Pilotphase incl. Verbesserungsvorschläge für den weiteren Prozess.
- **Amt 120:** Erhebt die notwendigen (auch kleinräumigen) Daten und erstellt Prognosen für die Dezerneate als Grundlage für die Erarbeitung der Handlungsschwerpunkte.
- **Dezerneate:**
 - **Beigeordnete:** Federführung bei der Bearbeitung einzelner Handlungsschwerpunkte,.
 - **Ansprechpartner/innen in den Dezerneaten (Stäbe):** Koordinieren den Prozess im Dezerneat; werden in den Dezerneaten benannt.
 - **Mitarbeiter/innen der Dezerneate:** Erarbeiten die Handlungsschwerpunkte für ihr Dezerneat; werden dezernatsintern festgelegt.
- **Arbeitsgruppe „Demographischer Wandel“ – Pilotthema:** Koordiniert den internen Verwaltungsprozess, erarbeitet die Handlungsschwerpunkte (incl. Umsetzungsvorschläge); setzt sich zusammen aus: Vertretern/innen der Dezerneate (vom OB benannt), Frauenbüro, Interkulturelles Büro, Projektbeauftragte für Demographische Entwicklungsplanung. Die Federführung für die Bearbeitung der Handlungsfelder obliegt dem jeweiligen Beigeordneten, bei dem der inhaltliche Schwerpunkt des Themas liegt (Vorsitz und Geschäftsführung). Abweichende Meinungen in der Arbeitsgruppe sind zu protokollieren und in Vorlagen kenntlich zu machen. Die Entscheidung trifft der Verwaltungsvorstand (VV).
- **Verwaltungsvorstand (VV):** Steuert, unterstützt und koordiniert den Prozess nach innen (Verwaltung) und nach außen (Politik), entscheidet über Konzepte und Maßnahmenkataloge.
- **Rat** (mit seinen Fachausschüssen): Gestaltet politisch, fördert den Prozess, trägt Verantwortung für die politischen Entscheidungen.

7.4. Grundsätze der Zusammenarbeit:

Variabilität des Prozesses

- Der Einstieg in die Arbeit erfolgt über ein im VV und Rat festgelegtes Schwerpunktthema (Pilotprojekt).
- Nach Ablauf werden die Erfahrungen ausgewertet; ggf. nachjustiert.

Regeln der Kooperation

- Es wird eine verbindliche Entscheidung über Planungskonzept, Ablauforganisation sowie Weiterentwicklung und Umsetzung von Maßnahmen festgelegt. Abweichende Meinungen sind zu protokollieren und in Vorlagen kenntlich zu machen. Die Entscheidung trifft der VV bzw. die Politik.
- Entwicklungsziele und -ergebnisse einzelner Themenfelder werden integriert und vernetzt betrachtet.

Anforderungen an die Verwaltung

- Demographische Entwicklung wird als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung verankert.
- In jedem Dezernat der Verwaltung werden Ansprechpartner/innen für Demographische Entwicklung festlegt (Stäbe).
- Es werden Beigeordnete für die Schwerpunktthemen festgelegt.
- Es werden Indikatoren für eine Erfolgskontrolle und Wirksamkeitsprüfung entwickelt und festgelegt.
- In die Beschlussvorlagen wird ein „Demographischer Faktor“ eingeführt; d.h. die demographischen Auswirkungen auf alle Planungsvorhaben werden dargelegt.

Anforderungen an die Politik

- Demographische Entwicklung wird als zentrales Politikfeld definiert.
- Ziele und Schwerpunktthemen werden parteiübergreifend im Konsens festgelegt, auch über „Wahltermine“ hinaus
- Konzepte für eine wirkungsorientierte Steuerung werden unterstützt.

7.5 Bisherige Aktivitäten und Planungen der Projektbeauftragten:

Parallel gibt es eine Reihe von Vorhaben und Projekten, die dazu beitragen sollen, möglichst viele Menschen in Bielefeld über das Thema „Demographischer Wandel“ zu informieren, sie in Diskussionen einzubinden. Und auch Bürgerinnen und Bürger sollen an der Gestaltung des demographischen Wandels beteiligt werden.

Workshops

- **Zukunftswerkstatt für „Jung und Alt“** (10. Juli 2005)
Kooperationspartner: VHS, Kinderschutzbund, Verein Alt und Jung, Bürgerinnen und Bürger
Ziel: Unterschiedliche Vorstellungen über Zukunftsvorstellungen erfahren, im Planungsprozess berücksichtigen.
Ergebnis: Die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt sind dokumentiert und in einer Broschüre veröffentlicht worden.
- **Workshop 1: „Demographischer Wandel als Chance?“** (in Planung)
Teilnehmer: Verwaltungsvorstand (VV), Projektbeauftragte, Kämmerei
Ziel: Ziele und Handlungsschwerpunkte festlegen
Zeitpunkt: November 2005
Zeitdauer: 1/2 Tag
- **Workshop 2: „Demographischer Wandel als Chance?“** (in Planung)
Teilnehmer: Verwaltungsvorstand (VV) und Politik, Projektbeauftragte
Ziel: Ziele und Handlungsschwerpunkte für Bielefeld entscheiden
Zeitpunkt: Dezember 2005
Zeitdauer: 1/2 Tag
- **Workshop 3: „Wirtschaft und Demographischer Wandel“** (in Planung)
Teilnehmer/innen: Lokale Akteure im Bereich „Wirtschaft“⁸²
Ziel: a. Überblick „Wer macht was im Bereich Demographie?“;
b. Konzept für den Handlungsschwerpunkt 6.)
„Wir wirtschaften für die Zukunft!“
Zeitpunkt: 2006

⁸² Vgl. hierzu Ziel 6 (S. 21) „Wirtschaft“

Einzelne Konzepte entwickeln; Beispiele:

- **Projektgruppe „Räume der Zukunft“** (von Januar 2005 bis 2006)
Ziel: Gemeinsam mit städtischen Planern und lokalen Akteuren (stadtintern und extern) Vorschläge für einen „zukunfts-fähigen Stadtteil“ entwickeln und überlegen, wie diese umgesetzt werden können. Es geht um die Frage, wie sich die Stadtteile auf den demographischen Wandel einstellen können.⁸³
Ergebnis: Die Ergebnisse sind dokumentiert und in einer Broschüre veröffentlicht worden
- **Projekt: „Zukunft Online“**
 - a. **„Zukunft Online“** – Ein Chat mit dem Oberbürgermeister E. David zu den Zukunftsvorstellungen von Kindern – im Kinderrathaus auf der Seite: „Zukunft Stadt“ – Der Arbeitsbereich der Demographiebeauftragten (in Planung)
 - b. **„Zukunft Online“** – Ein Chat mit dem Oberbürgermeister E. David mit Jugendlichen zu der Frage: „Wie wollen wir leben im Jahr 2050?“ in Kooperation mit zwei Bielefelder Schulen und Radio Bielefeld (in Planung)

Veranstaltungen/Tagungen/Kongresse zu „Demographie – Themen“

- **Tagung: „Die Zukunft hat schon begonnen“ – Demographie und Stadt** (am 16.11.04 in Bielefeld)
in Kooperation mit dem Landesinstitut für den öffentlichen Gesundheitsdienst (lögD NRW)
Dokumentation der Ergebnisse: Auf der Homepage des lögD NRW
- **Kongress: „Stadtbilder der Zukunft“** (am 03.03.05 in Bielefeld)
in Kooperation mit dem eh. Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes NRW, dem StädteNetzwerk NRW und der VHS
Dokumentation der Ergebnisse: Tagungsdokumentation liegt vor
- **Veranstaltungsreihe: „Die Zukunft hat schon begonnen...“ – Demographischer Wandel in Bielefeld**
in Kooperation mit der VHS Bielefeld
 - **„Alt sind nur die Anderen“** am 09.02.05
Referentin: Elisabeth Niejahr, ZEIT – Journalistin, Buchautorin
Moderation: Susanne Tatje, Stadt Bielefeld
 - **„Nicht ohne die Alten“ – Perspektiven für die Stadt** am 17.03.05
(in Kooperation mit dem Verein Alt und Jung)
Referentinnen: Angelika Gemkow, MdL, Vorsitzende der NRW-Enquete – Kommission; Theresia Brechmann; Verein Alt und Jung, Bielefeld
Moderation: Helga Sielemann, Vorsitzende des Seniorenrates der Stadt Bielefeld
 - **„Wirtschaftskraft Alter“: Chance für kleine und mittelständische Unternehmen** am 28.04.05
(in Kooperation mit der WEGE)
Referenten: D. Thomas Mühlbradt, Initiative arbid und Vera Wiehe, WEGE
Moderation: Brigitte Meier, WEGE

⁸³ Mitglieder der Projektgruppe: Norbert Müller, Geschäftsführer BGW; Wilfried Lütke-meier, Geschäftsführer von-Laer-Stiftung; Stefan Genth, Geschäftsführer EHV; Brigitte Meier, Prokuristin WEGE ; Dr. Annette Klinkert, Bielefeld Marketing; PD Dr. Jürgen Flöthmann, Universität Bielefeld; Ilse Budde-meier, Leiterin Frauenbüro; Wolfram Homberger, Dezernat 4; Annegret Grewe, Leiterin Interkulturelles Büro; Andreas Kämper, Dezernat 5; Thomas Niekamp, Geschäftsführer SKPR; Andreas Liebold, Moderation; Susanne Tatje, Leitung.

- **Arbeitskreis „Demographischer Wandel“ in OWL⁸⁴** (in Planung)
- **Veröffentlichungsreihe „Zukunft Stadt“ – Demographischer Wandel in Bielefeld**
Ziel: Information über einzelne Themen, Arbeit der Stadt Bielefeld bekannt machen
Themenheft 1: „Wie wollen wir leben?“ – Ergebnisse der Zukunftswerkstatt“ (Heft 1 liegt vor)
Themenheft 2: „Räume der Zukunft – Zukunft der Räume“ – Ergebnisse der Projektgruppe (Heft 2 liegt vor)

Kooperation mit anderen Institutionen

- **in Bielefeld:** Landesamt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst NRW (lögd), BGW, VHS der Stadt Bielefeld, Universität Bielefeld/Bielefeld 2000 plus, Fachhochschule Bielefeld/Fachbereich Design; Fachbereich Sozialarbeit, Verein KIDSVILLE, WEGE mbh, Bielefeld Marketing, von-Laer-Stiftung, Kinderschutzbund, Verein Alt und Jung, ev. Kirchenkreis Bielefeld, Städt. Kliniken, Freie Scholle, Dietrich-Bonhoeffer-Gemeinde, Einzelhandelsverband (EHV e.V.), „Women on the Top e.V.“, Städtische Bühnen; Einzelhandelsverband; dio Bielefeld,
- **außerhalb von Bielefeld:** Stadt Herford, Stadt Arnshausen, Stadt Münster, Stadt Monheim, Deutscher Städtetag, KGST, Landeszentrale für Politische Bildung NRW, Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Soziales des Landes NRW; Ministerium für Generationen, Familie, Frauen, Integration des Landes NRW, Bertelsmann Stiftung, IAT NRW, Gelsenkirchen, ZEFIR Bochum, Forum Seniorenarbeit NRW, Regionet – OWL e.V., Geragogik e.V.

⁸⁴ Das erste Treffen mit den Vertretern der Landkreise war für den Herbst 05 geplant, ist aber ausgefallen. Erste bilaterale Gespräche haben stattgefunden.

8. Schlussbemerkung

Bei der Interpretation der Bevölkerungsprognosen stellt sich oft eine gewisse „Sachzwanglogik“ ein, das heißt: Die Präzision, mit der die Prognosen gemacht und die Folgen beschrieben werden, suggeriert sehr schnell, dass damit auch die notwendigen Konsequenzen und Handlungsschritte auf der Hand liegen und sich entsprechende Maßnahmen schnell und unkompliziert entwickeln lassen. Das erweist sich allerdings als Fehleinschätzung: Der Weg zu einer „Demographieorientierten Kommunalpolitik“ wird schwieriger als zunächst gedacht, da es viele unterschiedliche Faktoren zu bedenken gibt, die Themenstellung außerordentlich komplex ist, auf vielen Unsicherheiten beruht und alle Beteiligten durch die weiträumigen Planungszeiträume Neuland betreten.

Grundsätzlich müssen wir uns stärker mit den Politikfeldern befassen, die mittelfristig Einfluss auf die demographische Entwicklung haben wie Familienpolitik, eine aktive Zuwanderungs- und Integrationspolitik, Fragen von Bildung und Ausbildung unserer Kinder. Aber auch Politikfelder, die durch kommunales Handeln nicht oder wenig zu beeinflussen sind wie Arbeitsmarktpolitik oder die Zukunft der Öffentlichen Verwaltung dürfen nicht vernachlässigt werden, wenn wir uns in den Kommunen den Herausforderungen der demographischen Entwicklung stellen wollen. Dabei ergibt sich noch ein weiteres Problem: Langfristig wird der bekannte Bevölkerungsrückgang auch in Bielefeld eintreten, kurzfristig kann das Bild durch Bevölkerungszuwächse jedoch durchaus anders aussehen. Das heißt, es muss sorgsam überlegt werden, ob schon heute Infrastrukturen abgebaut werden sollen, nur weil evtl. im Jahr 2015 oder 2030 die Einwohnerzahlen zurückgehen – einmal abgesehen von der Möglichkeit, dass sich die Situation z.B. aufgrund einer veränderten politischen Situation völlig anders entwickeln könnte. Es gilt also, nach intelligenten und flexiblen Lösungen zu suchen, denn obwohl der Trend deutlich ist und die Art der zu erwartenden Probleme benannt werden kann, ist es schwierig, schon jetzt „die“ Politik für die Jahre 2030 oder 2050 zu formulieren.

Das heißt nicht nichts tun: Wir brauchen ein langfristig angelegtes strategisches Managementkonzept, also einen funktionierenden Steuerungs- und Controllingprozess, der diese differenzierte Problemlage einbezieht, Erfolgskontrollen ermöglicht und eine Optimierung von Maßnahmen unterstützt.

Aus den demographischen Veränderungen erwachsen erhebliche Anforderungen an Politik und Verwaltung: Verwaltung muss stärker die Fragen der Zukunft beachten, dezernatsübergreifend an Schwerpunktthemen arbeiten und sich von individuellen Zuständigkeitsinteressen verabschieden. Es gilt, auch im Hinblick auf die kommunalen Finanzen, Handlungsfelder miteinander zu verbinden, um eine demographieorientierte Politik zu gestalten.

Politik muss sich damit auseinandersetzen und langfristige Entscheidungen treffen, auch über die nächsten Wahltermine hinaus. Sie muss gestalten – gerade wenn sie sich mit den demographischen Veränderungen in unserer Gesellschaft befasst. Für alle gilt: Die richtigen Strategien müssen immer wieder neu erdacht und weiterentwickelt werden.

Der hier vorgelegte Konzeptentwurf** entwickelt erste Ideen, skizziert Handlungsschwerpunkte und beschreibt einen Weg, um notwendige Strategien zu erarbeiten. Diese Vorschläge sind in der Verwaltung und mit der Politik zu diskutieren und festzulegen mit dem **Ziel, einen gemeinsamen Weg zu finden, den demographischen Wandel in Bielefeld zu gestalten.**

* Vgl. hier Seite 3: Norbert F. Pötzl;
„Jung im Kopf – Die Chancen einer alternden Gesellschaft“,
in: SPIEGEL special, Hamburg 2006

** Für die Gespräche und die Anregungen danke ich meinen
Rathaus-Kollegen Axel Dittmar, Wolfgang Prüßner, Andreas
Kämper und auch den Praktikanten Carl Peter Kleidat und
Dorothea Pohl. Außerdem PD Dr. Jürgen E. Flöthmann und
Silke Tornede. Mein besonderer Dank gilt Annette Irmer
vom Büro des Oberbürgermeisters.

Anhang

„Allons les enfants...“ – Familienpolitik in Frankreich⁸⁵

Familienpolitik gilt zur Zeit als das „Allheilmittel“, den demographischen Wandel zumindest in den Folgen „abzumildern“ – und die höhere Geburtenrate in Frankreich und somit die französische Familienpolitik gelten als Beleg dafür, dass auch bei uns familienpolitische Maßnahmen erforderlich seien⁸⁶.

„Familienpolitik ist eine politische Gemeinschaftsaufgabe“, erklärt die Direktorin des nationalen Forschungszentrum CNRS, Jeanne Fagnani. Dass die französische Regierung nach dieser Devise agiert, lässt sich nicht nur an den engagierten familienfördernden Programmen und Konzepten ersehen. Die familienfreundliche „Politikgesinnung“ spiegelt sich auch deutlich in der Geburtenrate wider: Frankreich hat die höchste Geburtenrate (1,88 Kinder) in der EU (durchschnittliche EU-Geburtenrate: 1,48 Kinder) und gilt als die kinderfreundlichste Republik Europas.⁸⁷

Diese überdurchschnittliche Geburtenrate ist das Ergebnis unterschiedlicher Faktoren:

Die erfolgreiche Familienförderung Frankreichs liegt einmal in einer spezifischen Grundeinstellung: Frankreich versteht Familienförderung als Gesellschafts- und Beschäftigungspolitik. Außerdem haben Frankreichs Politiker erkannt, dass: „...auch wenn der Kinderwunsch in erster Linie von persönlichen Motiven bestimmt ist, es klare Beziehungen zwischen der öffentlichen Familienunterstützung und der Zahl der Kinder (gibt)“.⁸⁸ Die Gründe für diese familienfreundliche Politikgesinnung in Frankreich liegen vermutlich in der Geschichte des Landes: In der Zeit von 1800 bis 1940 hatte Frankreich die weltweit geringste Reproduktionsquote; aber während der Volksfrontregierung von 1936 und dann verstärkt nach dem Zweiten Weltkrieg forcierte die französische Regierung die Familienpolitik mit dem Ziel, die Kinderzahl (wieder) zu erhöhen.

Seither investiert Frankreich ununterbrochen in die Entwicklung einer weit-sichtigen, familienfreundlichen Politik, um die Familien zu unterstützen und die Geburtenquote zu erhöhen. Dass diese erfolgreiche „Nachwuchsförderung“ durchaus von ökonomischem Kalkül durchdrungen ist, bestätigt Familienminister Christian Jakob: „Jedes neue Kind ist nicht nur ein persönlicher Glücksfall, sondern auch ein wirtschaftlicher Gewinn und ein Wachstumsanstöß für das ganze Land.“⁸⁹

⁸⁵ Quelle: Michael Mönninger : „Allons, les enfants“ , DIE ZEIT Nr. 36, 28.08.2003.

⁸⁶ Interessant sind in diesem Zusammenhang auch die familienpolitischen Maßnahmen der skandinavischen Länder wie z.B. Schweden oder Finnland. Diese sind genauer beschrieben im 7. Familienbericht, den die eh. Bundesregierung in Auftrag gegeben hat (Vorsitzender der Kommission: Prof. Dr. Hans Bertram, Humboldt Universität Berlin). Durch die Neuwahlen verzögert sich jedoch die Abnahme des Berichtes durch die neue Bundesregierung, so dass der Bericht noch nicht veröffentlicht worden ist. Auf der Tagung „Zeitbombe Bevölkerungsrückgang?“ in der Politischen Akademie Tutzing (in Kooperation mit der Petra Kelly Stiftung) in Tutzing am 09. und 10. 12.05 hat Prof. Bertram erste Ergebnisse präsentiert. Eine unveröffentlichte Kurzfassung von Bertram liegt mir vor.

⁸⁷ Quelle: Bevölkerung Deutschlands 2050. 10.koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Statistisches Bundesamt Wiesbaden, 2003.

⁸⁸ Quelle: Gérard-Francois Dumont: „Les Migrations internationales“, T CDU Sedes, 1999. Herr Dumont ist Bevölkerungswissenschaftler an der Pariser Sorbonne.

⁸⁹ Vgl. „Allons, les enfants“ von Michael Mönninger, Zeit Nr. 36, 28.08.2003.

Die Kinder- und Familienpolitik lässt sich die französische Regierung Einiges kosten:

- Frankreich investiert jährlich 80 Milliarden EUR in die direkte und indirekte Förderung von Familien, das entspricht einem Anteil von drei Prozent des Sozialproduktes. Zum Vergleich: Spanien oder Italien investieren jährlich weniger als 1 % ihres Sozialproduktes in die Familienförderung.
- Jean-Pierre Raffarin hat ein 10-Punkte – Programm zur „Förderung der Gebärfreude“ für die unteren und mittleren Einkommensbezieher verabschiedet.⁹⁰
- Ab Januar 2004 erhalten Familien mit einem monatlichen Einkommen von weniger als 4.120 EUR pro Kind eine einmalige Zuzahlung von 800 EUR. Das monatliche Kindergeld beträgt in den ersten drei Lebensjahren 160 EUR. Gibt ein Elternteil ganz oder teilweise die Arbeit auf um die verbleibende Zeit dem Kind zu widmen, werden zusätzlich 340 EUR gezahlt.
- Die Kinderbetreuung wird finanziell und personell ausgebaut: Für die Unterbringung ihrer Kinder sollen Familien nicht mehr als 10% ihres Monatseinkommens ausgeben. Statt öffentliche Krippenplätze auszubauen (derzeit sind es 200.000, es werden allerdings 500.000 benötigt werden), fördert Raffarin den Ausbau des Angebotes an häuslichen Betreuungsangeboten. Die Zahl der staatlich anerkannten Betreuungsberufe wie „assistantes maternelles“ oder „nourices“⁹¹ haben sich innerhalb der letzten 10 Jahre bereits verdoppelt. Raffarin plant jedoch, die Zahl der in diesem Sektor Beschäftigten von derzeit 450.000 auf 600.000 zu erhöhen. Dadurch wird gleichzeitig ein bedeutender Markt für die Wirtschaft und ein äußerst zukunfts-trächtiger Arbeitssektor eingerichtet.⁹²
- Die „arbeitgebenden“ Familien sollen bei der Zahlung des Gehaltes und der Sozialversicherung der Kinderfrauen bezuschusst und steuerlich entlastet werden.
- Richten Unternehmen unternehmensinterne Kinderbetreuungen ein, werden diese von bis zu 60% der dafür anfallenden Ausgaben steuerlich entlastet.⁹³

⁹⁰ Quelle: Herwig Birg: „Zur aktuellen Lage der Weltbevölkerung“ unter <http://www.bpb.de/publikationen> [Stand: 07.05.2004].

⁹¹ „Assistantes maternelles“ sind Tagesmütter, die in der eignen Wohnung 2-4 Kinder betreuen. „Nourices“ arbeiten ganztätig in den Haushalten kinderreicher Familien und beaufsichtigen dort die Kinder. (Quelle: Informationen zur politischen Bildung 282, S.23, Bonn 2004.

⁹² Vgl. auch Dr. Norbert Wagner: „Familienpolitik und Kinderbetreuung – Frankreich Klassenbester?“, Konrad Adenauer Stiftung Paris, http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_4764_1.pdf [Stand: 13.07.2004].

⁹³ Vgl. „Allons, les enfants“ von Michael Mönninger, Zeit Nr. 36, 28.08.2003.

⁹⁴ Vgl. Dr. Norbert Wagner: „Familienpolitik und Kinderbetreuung – Frankreich Klassenbester?“, Konrad Adenauer Stiftung Paris.

Zum Vergleich: Auch die deutsche Bundesregierung gibt, wie Frankreich, drei Prozent des Sozialproduktes für die Kinderförderung aus, allerdings ohne Erfolg hinsichtlich einer steigenden Geburtenrate. Das heißt, es müssen noch andere/weitere Gründe für die erfolgreiche Familienpolitik Frankreichs vorliegen.

In Frankreich ist die Organisation des Alltagslebens mit Kindern einfacher zu gestalten: Ab dem dritten Lebensjahr besuchen 99% der französischen Kinder die so genannte „école maternelle“, eine Ganztags-Vorschule. Der Besuch dieser Ganztags-Vorschule⁹⁴ ist freiwillig und kostenlos. Eltern vertrauen dem guten Ruf von Erziehungspersonen (Fürsorge) und Lehrpersonal, die im Übrigen nicht dem Sektor der Sozialpolitik, sondern dem Bildungsministerium unterstehen.

In Deutschland hingegen fehlen ausreichende, flexible und ganztägige Betreuungseinrichtungen. Viele deutsche Eltern sind zudem nicht überzeugt, dass ihre Kinder wirklich gut in einer Ganztagschule oder Betreuungsinitiative aufgehoben sind. Das heißt, dass es in Deutschland nicht nur am Geld, sondern auch an den notwendigen strukturellen Gegebenheiten, Einstellungen und zielgerechten Fördermaßnahmen mangelt.

Jeanne Fagnani stellt bei ihren Untersuchungen in ganz Europa fest: „Wenn die Organisation des Alltagslebens mit Kindern zu schwierig ist und sich nur um den Preis des Daheimbleibens realisieren lässt, verzichten die Frauen auf Kinder, um im Beruf zu bleiben.“

Bei Franzosen und Deutschen gibt es auch prinzipielle Unterschiede hinsichtlich Einstellung, Notwendigkeit, Qualität und Sinn von Ganztagsbetreuung – die Diskussion um die sog. „Rabenmutter“⁹⁵, die ihre Kinder „wildfremden Menschen“ überlässt, hat sich in Frankreich nie gestellt. Hier zeigt sich ein wichtiger kultureller Unterschied, der es den Frauen in Deutschland erschwert, Berufsleben und Familienleben zu vereinbaren.

Die Bedingungen in Frankreich sind aufgrund der ausgeführten strukturellen Unterschiede wie Steuerpolitik, finanzielle Unterstützungssysteme für Familien und Unternehmen etc. nicht einfach auf deutsche Kommunen übertragbar – und eine Änderung der strukturellen Bedingungen liegt nicht in der Hand der Kommunen, sondern ist Sache von Landes- oder Bundespolitik. Bei der Entwicklung eines kommunalspezifischen Handlungsschwerpunktes „Familienpolitik“ muss also bedacht werden, dass sich Erfolge (d.h. zunehmende Geburtenzahlen) nicht quasi automatisch einstellen, wenn in Deutschland Maßnahmen für ganztägige Kinderbetreuung entwickelt, weitere strukturelle Änderungen jedoch ausgeklammert werden.

⁹⁵ Diesen Begriff gibt es nur in Deutschland.

Streifzüge durch die politische Diskussion

Auszüge aus der Hauptausschusssitzung, 22. Oktober 2006

Oberbürgermeister Eberhard David weist darauf hin, dass (...) die Einrichtung der Stelle der Demographiebeauftragten bundesweit interessiert aufgenommen worden sei und viele Städte nach dem Konzept fragen. Die Verwaltung habe den Handlungsschwerpunkt „Stadtentwicklung“ als Pilotprojekt vorgeschlagen, weil sie davon überzeugt sei, dass hierfür schon viele Grundlagen vorliegen. (...)

Ratsmitglied Dr. Inge Schulze (Bündnis 90/Die Grünen) (...) erklärt, dass hier ein Konzept mit einer Vielzahl von Aspekten und Fragen und einer Zielvorgabe für das weitere Verfahren erarbeitet worden sei und bedankt sich für das Konzept, das eine gute Arbeitsbasis für die nächsten Jahre darstelle. Das Konzept beantworte natürlich nicht alle Fragen, weil es auf Prognosen basiere und es müsse folglich immer überprüft werden. (...) Bei dem komplexen Thema werde deutlich, dass alle formulierten Ziele willkürlich seien, da der demographische Wandel alle Politikfelder betreffe und deutlich mache, dass es zwischen einzelnen Bereichen Überschneidungen gebe. Trotzdem müsse mit einem Handlungsschwerpunkt begonnen werden. (...) Sie spricht sich weiterhin für die Beteiligung der Bürger/innen und Institutionen aus. (...) Ohne eine Bürgerbeteiligung sei die Chance gering auf den demographischen Wandel so zu reagieren, dass die Maßnahmen akzeptiert werden und deshalb sollte diese Beteiligung auch beschlossen werden. (...) Ihre Fraktion sei der Auffassung, daß die Integration die zentrale Aufgabe der Zukunft ist. Sie könne aber den Vorschlag der Verwaltung, mit dem Handlungsschwerpunkt „Stadtentwicklung“ als Pilotprojekt zu beginnen, nachvollziehen, da mit diesem Handlungsschwerpunkt schnell Erfolge erzielt werden können und schon viel Vorarbeit geleistet worden sei. Egal welches Schwerpunktthema als Pilotprojekt beschlossen werde, müsse man sich bei jedem Thema auf bestimmte Aspekte konzentrieren und ihre Fraktion spreche sich bei der Stadtentwicklung dafür aus, den Schwerpunkt auf die Entwicklung der Stadtteile zu legen und Maßnahmen zu erarbeiten, mit denen einer sich abzeichnenden Segregation entgegengewirkt werden könne. (...) Sie macht deutlich, dass die Bearbeitung des Pilotprojekts nicht das Ende der Diskussion über den demographischen Wandel darstelle.

Bürgermeister Detlef Helling (CDU) (...) betont ebenfalls die Erforderlichkeit eines Konzeptes bezüglich des demographischen Wandels. Unter den einzelnen Handlungsschwerpunkten gebe es kein Ranking und es sei Ansichtssache, mit welchem Handlungsschwerpunkt als Pilotprojekt begonnen werde solle. (...) Er spreche sich dafür aus, mit dem Handlungsschwerpunkt Stadtentwicklung zu beginnen, weil dort schon viel Vorarbeit geleistet worden sei. Das bedeute nicht, dass andere Handlungsschwer-

Die Wortbeiträge der Redner und Rednerinnen sind dem Original-Protokoll entnommen und auf die wesentlichen Kernaussagen zusammen gestellt worden. Die Auslassungen sind wie folgt gekennzeichnet (...).

punkte ausgeblendet werden, zumal die Themen Migration und Integration und Stadtentwicklung in engem Zusammenhang mit den Stadtbezirken stehen. In dem Stadtbezirk, in dem er lebe, gebe es bereits eine 2-Klassen-Gesellschaft und das habe enorme Auswirkungen auf die Struktur der Stadtentwicklung und deshalb bestehe hier dringender Handlungsbedarf. Er spricht sich ebenfalls dafür aus, die Bürger/innen mit in die Erarbeitung eines Konzeptes einzubeziehen. Auch das Projekt Bielefeld 2000plus habe sich mit der Zukunft Bielefelds befasst und die dort erarbeiteten Kenntnisse sollten mit einbezogen werden. (...)

Ratsmitglied Otto Sauer (FDP) beantragt unter Punkt 3 des Beschlussvorschlages die Ziffer 1 in „Wir fördern und fordern Integration“ umzubenennen, da Integration nicht einseitig zu betrachten sei. (...)

Ratsmitglied Pit Clausen (SPD) hebt hervor, dass Bielefeld auf die Aufgaben und Herausforderungen, die sich aus dem demographischen Wandel ergeben, gut vorbereitet sei und in der Bundesrepublik Deutschland diesbezüglich eine Vorreiterrolle inne habe. Aus dem demographischen Wandel ergeben sich zwei Aufgaben. Einerseits müsse sich die Stadt auf veränderte Bedürfnisse der Bürger/innen und auf veränderte Möglichkeiten der städtischen Einrichtungen einstellen und die Angebote anpassen und andererseits den negativen Entwicklungen, die sich aus einer Überalterung ergeben, entgegenwirken. (...) Die einzelnen Handlungsschwerpunkte schließen sich nicht gegenseitig aus und ein Konzept zum Demographischen Wandel müsse umfassend alle Punkte beinhalten. Er spricht sich dafür aus, die Beschlussvorlage mit dem Handlungsschwerpunkt „Stadtentwicklung“ als Pilotprojekt zu beschließen, da dieser Handlungsschwerpunkt auch enge Bezüge zur Familienpolitik habe. So könne negativen Entwicklungen entgegengewirkt und z.B. das Bauen junger Familien außerhalb von Bielefeld verhindert werden. Darüber hinaus habe die Stadtentwicklung aber auch enge Bezüge zur Integrationspolitik. (...)

Ratsmitglied Rainer Lux (CDU) (...) betont, dass die Berücksichtigung der Finanzpolitik im Rahmen der weiteren Diskussionen eine Notwendigkeit darstelle. Das Konzept „Demographischer Wandel“ stelle kein statisches Konzept dar, weil sich die demographische Entwicklung und das Verhalten der Bevölkerung ständig verändere. So haben z.B. steigende Energiepreise Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt bzw. die Siedlungspolitik, weil künftig sicherlich mehr Menschen innenstadtnah wohnen wollen, um weite Anfahrten zu vermeiden. Auch vor diesem Hintergrund halte er den Handlungsschwerpunkt „Stadtentwicklung“ als Pilotprojekt für sehr wichtig.

Nach dem Vorschlag von **Oberbürgermeister David**, dass in dem jährlichen Demographiebericht eine Aussage über den Abschluss der Pilotphase bzw. den Stand der Projekte gemacht werde, merkt **Barbara Schmidt** (Gruppe Die Linke.PDS) an, (...) dass es in Bielefeld einen 25 %igen Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund gebe und dieser Anteil habe die meisten Kinder und wohne in Stadtteilen, die die geringsten Entwicklungschancen haben. Diesem Bevölkerungsanteil müsse für die Zukunft eine Entwicklungschance geboten werde, damit die Stadt davon profitiere. (...)

*Empfehlung des Hauptausschusses für den Rat:
Einstimmig (siehe Ratsbeschluss auf Seite 38)*

Auszüge aus der Ratssitzung, 31. Oktober 2006

Oberbürgermeister Eberhard David berichtet zur Vorlage und fasst zusammen, dass die Kurzformel für den demographischen Prozess laute: „Weniger, älter, bunter“. Die Prognosen für Bielefeld würden selbstverständlich auch schon bisher in den Planungen berücksichtigt. Da es jedoch notwendig gewesen sei, diese Planungen systematisch in einer Gesamtsicht zu konzentrieren und in den Focus demographischer Entwicklung zu stellen, habe er das Projekt „Demographische Entwicklungsplanung“ aufgelegt und Frau Tatje als Demographiebeauftragte bestellt. Das vorliegende Konzept beinhalte u. a. sechs demographiepolitische Ziele für Bielefeld und beschreibe eine Bearbeitungsstruktur für die Verwaltung. In einer Pilotphase solle das Thema „Wir wohnen zukunftsfähig“ bearbeitet werden.

Er verweist auf die einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses, wonach die Verwaltungsvorlage insoweit erweitert worden sei, als das Ziel Nr. 6 „Wir wirtschaften für die Zukunft“ neben der kommunalen Wirtschaftsförderung auch die kommunale Finanzpolitik umfasse. Weiterhin solle die Verwaltung auch eine Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern im Prozess der Konzeptentwicklung sicherstellen.

Barbara Schmidt (Gruppe Die Linke.PDS) begründet den Änderungsantrag ihrer Gruppe. Sie betont, dass diejenigen Jugendlichen, die heute arbeitslos seien und keine Chance zur Ausbildung hätten, in 20 bis 25 Jahren ausgegrenzt sein würden. Da die Arbeitslosigkeit besonders bei Personen mit Migrationshintergrund sehr hoch sei, müsse in diesem Bereich jetzt gegensteuert werden. Daher müssten bei der Qualifizierung, der Integration und Migration Schwerpunkte gesetzt werden.

Dr. Inge Schulze (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) (...) berichtet, dass nach neuesten Untersuchungen die Single-Haushalte dramatisch steigen würden und dabei die größte Gruppe die Rentnerinnen und Rentner seien. Im Rahmen der Stadtentwicklung müsse man sich mit der Frage beschäftigen, wie der Vereinsamung und Vereinzelung der älteren Menschen begegnet werden könne. Diese gesellschaftspolitische Aufgabenstellung und auch andere Themen der Stadtentwicklung könnten nur mit Bürgerbeteiligung erledigt werden.

Das vorliegende Konzept sei eine gute Arbeitsgrundlage, die allerdings inhaltlich immer wieder angepasst werden müsse und die die Politik in den nächsten Jahrzehnten immer wieder vor neue Herausforderungen stellen werde.

Die Wortbeiträge der Redner und Rednerinnen sind dem Original-Protokoll entnommen und auf die wesentlichen Kernaussagen zusammen gestellt worden. Die Auslassungen sind wie folgt gekennzeichnet (...).

Detlef Helling (CDU-Fraktion) betont, dass der demographische Wandel auch Chancen beinhalte und es darum gehe, zukünftigen Generationen gute Voraussetzungen für das Leben in dieser Stadt zu schaffen. Das Schwerpunktthema „Wir wohnen zukunftsfähig!“ habe auch viel mit der Bevölkerungsstruktur, der Integration und Migration zu tun und zeige, dass alle Themen im Zusammenhang stünden. Er plädiere dafür, mit einem Thema zu beginnen, damit möglichst schnell Erfolge aufgezeigt werden könnten und Bielefeld in diesem Bereich weiterhin an der Spitze bleibe. Ohne Ausbildung und Arbeitsplätze und ohne Integration und Migration werde eine positive demographische Entwicklung nicht gelingen. (...)

Otto Sauer (FDP-Gruppe) (...) hebt hervor, dass Integration nicht nur gefördert, sondern gefordert werden müsse. Das Beispiel, dass man es nicht geschafft habe, die Familien und insbesondere die Kinder mit Migrationshintergrund dazu zu bringen, deutsch zu sprechen, um ihnen Chancen für die Ausbildung und den Beruf zu geben, zeige, dass fördern nicht ausreiche. Zur Realisierung des „Forderns“ sollte der Migrationsrat genutzt werden.

Beate Niemeyer (Gruppe Die Linke.PDS) verweist auf die Personengruppe mit einer Duldung, die durch ihren Aufenthaltsstatus ausgegrenzt werde. Sie appelliert, diese Personen nicht aus den Augen zu verlieren und auch bei den Überlegungen zur Integration im Rahmen des Demographiekonzeptes zu berücksichtigen.

Günter Garbrecht (SPD-Fraktion) erläutert (...), dass es sich bei dem demographischen Wandel um einen Prozess handle, der viele Verbindungslinien aufweise und bestätigt, dass die vorgeschlagene Beschlusslage richtig sei, da das Schwerpunktthema „Wir wohnen zukunftsfähig!“ auch die anderen Themen umfasse. Außerdem habe Bielefeld hier schon Stärken entwickelt, die auch national anerkannt seien. (...)

Einstimmiger Beschluss des Rates vom 31.08.2006

„Demographischer Wandel als Chance? – Vorschläge für ein Bielefelder Konzept“

Aufgrund der Empfehlung des Hauptausschusses fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. Der Rat nimmt das Konzept „Demographischer Wandel als Chance? – Vorschläge für ein Bielefelder Konzept“ zur Kenntnis.
2. Nach der 1. Lesung im Hauptausschuss am 19.01.06 haben am 22.03.06 und 28.03.06 für die Mitglieder der Fachausschüsse, Bezirksvertretungen und Beiräte zwei Informationsveranstaltungen stattgefunden. Die Dokumentation der Veranstaltungen nimmt der Rat zur Kenntnis.
3. Der Rat der Stadt beschließt die folgenden Ziele und Handlungsschwerpunkte:
 - 3.1 *„Wir fördern Integration!“*
Integrations- und Migrationspolitik
 - 3.2 *„Wir werden die familienfreundlichste Stadt in NRW!“*
Kinder- und Familienpolitik
 - 3.3 *„Wir wohnen zukunftsfähig!“*
Stadtentwicklung
 - 3.4 *„Wir lernen lebenslang!“*
Bildung und Qualifizierung
 - 3.5 *„Wir gehen fit in die Zukunft!“*
Alten- und Gesundheitspolitik
 - 3.6 *„Wir wirtschaften für die Zukunft!“*
Kommunale Wirtschaftsförderungs- und Finanzpolitik.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, das Thema „Wir wohnen zukunftsfähig!“ (Stadtentwicklung) in einer Pilotphase zu bearbeiten und dem Hauptausschuss nach Ablauf der Pilotphase zu berichten.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, ab dem Jahr 2007 dem Hauptausschuss einen jährlichen Demographiebericht vorzulegen.
6. Die Verwaltung wird gebeten, eine Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern im Prozess der Konzeptentwicklung sicherzustellen.

– einstimmig beschlossen –

* Rat - 31.08.2006 - öffentlich - TOP 7 - Drucksache 2009/2289 *

Presseberichte und Interviews

– Einige ausgewählte Beispiele

- **Norbert F. Pötzl: „Die Zukunftsplanerin“;**
in: SPIEGEL special: *Hamburg 2006*
- **Bettina Schmieding: „Deutschland altert – na und!“;**
in: Deutschlandfunk am **06.10.06**
- **Melanie Ahlemeier: „Bund schafft Treffpunkte für Jung und Alt“;**
in: Financial Times Deutschland am **11.07.06**
- **Reinhard Hübsch: „Wohnen im Alter als Zukunftsaufgabe“;**
in: SWR2 Forum am **22.06.06**
- **Carsten Köppl: „Chancen sehe ich keine“;** in: Behördenspiegel, *Mai 2006*
- **Michael Denk/Markus Daschner: „Bevölkerungsentwicklung“;**
in: „buten und binnen“ – Radio Bremen – Fernsehen am **13.04.2006**
- **Thomas van Zütphen: „Ich will alle aufrütteln!“;**
in: Focus Heft 14/06 (NRW) am **03.04.2006**
- **Michael Bauer: „Zentren im Wandel“;** in: Rheinsche Post am **25.03.06**
- **Kerstin Krupp: „Volk mit Falten – Den Wandel organisieren“;**
in: Berliner Zeitung am **09.03.2006**
- **Volker Wagener: „Besser alt werden – Bielefeld rüstet sich für den Demographischen Wandel“;**
in: Deutschlandradio Kultur am **19.01.2006**
- **Susanne Schäfer-Dieterle: „Der Weg ist das Ziel“;**
in: Westfalenspiegel **1/2006**
- **Michael Schläger: „Wir werden immer weniger, älter und bunter“;**
in: Westfalenblatt am **13.01.2006**
- **Ansgar Mönter: „Familienfreundlichste Stadt in NRW!“;**
in: Neue Westfälische am **18.01.06**
- **Claudia Knoppke: „Einzigartigkeiten aus Bielefeld“;**
im Rahmen der Serie: Stadtreport; Radio Bielefeld, *November 2005*
- **Katarina Heimeier: „Ideen für die Zukunft einer alternden Stadt“;**
in: Generalanzeiger Bonn am **31.12.05**
- **Christiane Harriehausen: „Die Zukunft im Visier“;**
in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung am **17.07.2005**
- **Andrea Benstein: „Jung gegen alt? – Seniorenrepublik Deutschland?“;** WDR-Stadtgespräch am **21.10.05** in Bielefeld
- **Nadescha Scharfenberg: „Größere Preisschilder, flachere Bürgersteige“;** in: Süddeutsche Zeitung am **10.01.2005**
- **Elisabeth Niejahr: „Mehr Wohlstand für alle“;** in: DIE ZEIT am **14.10.2004**
- **Dorothee Frings: „Städte bereiten sich aufs Älter werden vor“**
– Bielefeld beruft 1. Demographiebeauftragte;
in: Welt am Sonntag am **07.11.04**
- **Silke Tornede: „Die erste Demographiebeauftragte in NRW“;**
WDR, Lokalzeit OWL Aktuell (Fernsehen), **5. November 2004**
- **Mathias Fröhlich: „In Luhmanns Sinne über den Tellerrand“;**
in: Neue Westfälische, **2004**



www.bielefeld.de

